

**Christa-und-Peter-Scherpf-Gymnasium Prenzlau  
Dr.-Bähr Straße 1, 17291 Prenzlau**

**Wettbewerbsbeitrag für den Schülerwettbewerb  
„Anderssein. Außenseiter in der Geschichte“**

**Die lokale Presseberichterstattung  
über das „Anderssein“ in der DDR  
in der Zeit des Mauerfalls**

**Verfasser: Luisa Andres**

**Betreuer: Jürgen Theil**

# Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung .....	3
2.	Entwicklungen in der DDR 1985 –1989. ....	4
3.	Pressearbeit in der DDR im Jahr 1989. ....	7
4.	Berichterstattung in der Lokalpresse. ....	10
4.1	Aufbau der Zeitung „Freie Erde“. ....	10
4.2	Berichterstattungen vor dem 9. November 1989. ....	11
4.3	Berichterstattungen zum Mauerfall 1989. ....	20
4.4	Berichterstattungen nach dem 9. November 1989. ....	25
5.	Schlusswort. ....	31
6.	Quellen- und Literaturverzeichnis. ....	31
7.	Anhang. ....	33
8.	Tätigkeitsbericht. ....	41

## 1. Einleitung

Mit meinen Untersuchungen zum Thema „Die lokale Presseberichterstattung in der Zeit des Mauerfalls“ möchte ich am Beispiel der Lokalzeitung „Freie Erde“ exemplarisch darstellen, wie sich die Presseberichterstattung in der DDR durch die anhaltenden Massenproteste und die Öffnung der Mauer am 9. November 1989 verändert hat. Ziel meiner Recherche war es, herauszufinden, welchen Einfluss die sich in den Monaten Oktober und November 1989 überschlagenden Ereignisse auf die journalistische Arbeit ausübten. Wie veränderte sich die Diktion bzw. Sprache in den politischen Berichterstattungen der Bezirkszeitung der SED? Wie authentisch bzw. ehrlich sind die gedruckten Artikel? Wie berichtete man über Andersdenkende bzw. Randgruppen der Gesellschaft? Wie lange konnte man noch von Randgruppen oder Randerscheinungen in der DDR sprechen, wenn man über die Opposition berichtete. Wie positionierten sich die Redakteure von damals? Distanzierten sie sich von der Protestbewegung bzw. den Andersdenkenden? Wenn ja, entstand diese Distanzierung aus Angst den Job zu verlieren oder gar bestraft zu werden? Welchen Spielraum hatten Journalisten überhaupt für eine kritische Berichterstattung? Wurden Journalisten bespitzelt? Gab es politische Verfahren gegen Journalisten in der Zeit der Wende? Haben sich Journalisten und Redakteure der Oppositionsbewegung schrittweise angenähert, um für eventuelle politische Veränderungen Vorsorge zu treffen? Was wurde aus den partei- und staatsnahen Journalisten und Redakteuren nach der Wende? Diesen und weiteren Fragen möchte ich in meiner Wettbewerbsarbeit nachgehen.

## 2. Entwicklungen in der DDR 1985 – 1989

Michail Gorbatschow leitete 1985 mit seiner Politik Glasnost und Perestroika<sup>1</sup> einen politischen Wandel in der Sowjetunion ein. Er strebte einen demokratischen Sozialismus an, der zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensumstände in der Sowjetunion führen sollte. Der ohnehin schon reformunwilligen SED-Regierung missfiel dies jedoch, denn es wurden dabei Machtstützen der Partei in Frage gestellt. Die Zensur des sowjetischen Magazins „Sputnik“ und anderer sowjetischer Medien sorgte unter der Bevölkerung für große Empörung und sie begann bislang Selbstverständliches zu hinterfragen.<sup>2</sup>

Die Bürger protestierten zwar noch nicht öffentlich, aber engagierten sich mehr und mehr in oppositionellen Gruppierungen. Zudem stieg auch die Zahl der Ausreisewilligen an.

Die Republik war hoch verschuldet, sie bekam jedoch keine Hilfe von ihrem großen Bruder, der Sowjetunion. Obwohl es der DDR gelang im Westen einen Milliardenkredit zu erhalten, stand die Volkswirtschaft am Rande eines Bankrotts, der seine Ursachen im Wohlfahrtsprogramm „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ fand.<sup>3</sup> Um die darin enthaltenen Besserungen durchzuführen, fehlte es an Geld.

Im Inneren herrschte ein ständiger Mangel an Konsumgütern und Alltagsgegenständen. Das und die Wahlfälschungen bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 brachten das Fass zum Überlaufen.

Viele Bürger der DDR besetzten die Botschaften der Bundesrepublik in Prag, Warschau, Budapest und Ostberlin und wollten damit ihre Ausreise erzwingen. Daraufhin öffnete Ungarn im September 1989 die Grenze nach Österreich. Von da an, bis zum Fall der Mauer, verließen insgesamt 48.177 Bürger über diesen Weg den Arbeiter- und Bauernstaat.

Erste öffentliche Demonstrationen fanden statt. Wie auch die erste Montagsdemonstration am 4. September in Leipzig. Insbesondere in den größeren Städten der DDR wurde demonstriert, wie z.B. in Dresden, Halle, Ostberlin, Rostock, Magdeburg und vielen anderen Gemeinden. Oppositionelle gründeten unabhängige Gruppen, wie das Neue Forum. Sie forderten Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, eine Parteienvielfalt (unter anderem die Zulassung des Neuen Forums), Reisefreiheit und freie Wahlen. Bis zum 40. Jahrestag der DDR, am 7.

---

<sup>1</sup> Offenheit in den Medien, mehr Freiheiten, Eigen-Verantwortung in Politik und Wirtschaft, Ostblockstaaten können Staatsform selbst wählen (vgl. Elena Demke, 2009, S.17.).

<sup>2</sup> Elena Demke, 2009, S.11.

<sup>3</sup> Verkürzung der Wartezeit, Erhöhung der Mindestlöhne und Mindestrenten, Vollzeit arbeitende Mütter erhielten Vergünstigungen (Erhöhung des Mindesturlaubs, Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs, Geburtenprämien), Wohnungsbauprogramm.

Oktober, wurden viele Demonstrationen brutal von der Polizei und der NVA, die eigentlich nur für den Schutz vor äußeren Angriffen vorgesehen war, niedergeschlagen. Vor einem Einsatz der Armee mit ihrer schweren Kampftechnik scheute die SED jedoch zurück. Anzunehmen ist, dass die große internationale Aufmerksamkeit dies verhindert hat. Erst danach bot die SED-Führung dem Volk einen Dialog an.<sup>4</sup>

Am 17. Oktober wurde der Beschluss gefasst Erich Honecker abzulösen und dafür Egon Krenz als Generalsekretär zu wählen. Dieser Beschluss trat am 18. Oktober in Kraft. Jedoch änderte sich dadurch nichts. Egon Krenz wurde des Weiteren zum Vorsitzenden des Staatsrates und zum Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates gewählt.

Erstmals wurde am 30. Oktober eine Demonstration live im DDR-Fernsehen übertragen. Die größte Demonstration in der Geschichte der DDR fand am 4. November 1989 statt. Dort wurde zum ersten Mal auch der Rücktritt der SED-Regierung gefordert. Am 7. und 8. November trat der Ministerrat unter Willi Stoph und das Politbüro zurück. Ein neues Politbüro wurde gewählt, in dem unter anderem Egon Krenz, Günter Schabowski und Hans Modrow vertreten waren.

Vom 8. bis zum 10. November fand die 10. Tagung des Zentralkomitees der SED statt. Dort wurde unter anderem über notwendige Wirtschaftsreformen diskutiert um die Zahlungsfähigkeit der DDR zu sichern. Um die Bundesrepublik für einen weiteren hohen Kredit zu gewinnen, stellten sie die Möglichkeit in Aussicht die „heute existierende Form der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten überflüssig zu machen“<sup>5</sup>, jedoch ohne eine Wiedervereinigung durchzuführen. Außerdem stand dort die Diskussion über eine neue Reiseregulierung zur Debatte. Der gefasste Beschluss einer „kurzfristigen Visavergabe ohne Nennung triftiger Voraussetzungen“<sup>6</sup> wurde in einer Pressekonferenz am 9. November von Günter Schabowski vorgetragen.

Noch am selben Abend kam es zu Massenaufmärschen an den Grenzübergängen, unter anderem an der Bornholmer Straße, der Sonnenallee, am Checkpoint Charlie und am Brandenburger Tor. Allein bis zum 13. November wurden 4,5 Millionen Visa ausgestellt, welche die Reise in den Westen ermöglichten.

Abb. 1: Am Brandenburger Tor, 9. November (s. Anhang)

Auch noch nach der Maueröffnung fanden Demonstrationen statt, bei denen gegen den Führungsanspruch der SED protestiert und freie Wahlen gefordert wurden.

---

<sup>4</sup> Bernd Lindner, 1998, S.104.

<sup>5</sup> Hans-Hermann Hertle, 1997, S. 94.

<sup>6</sup> Bernd Lindner, 1998, S. 105.

Seit Beginn der friedlichen Revolution gab es zahlreiche Parteiaustritte aus der SED.

Am 28. November stellte der Bundeskanzler Helmut Kohl sein „Zehn-Punkte-Programm“ zur Wiedervereinigung vor. Dieses fand Ablehnung im Ausland, wurde jedoch vom Bundestag unterstützt und die Wiedervereinigung wurde als Ziel angestrebt.

Am 3. Dezember 1989 erklärten das Zentralkomitee und das Politbüro der SED geschlossen den Rücktritt, ebenfalls trat Egon Krenz als Vorsitzender des Staatsrates und des nationalen Verteidigungsrates zurück. Die erste Sitzung des „Runden Tisches“, der aus verschiedenen oppositionellen Vertretern bestand, fand am 7. Dezember statt, um die gesamtgesellschaftliche Krise zu bewältigen. Es sollten wesentliche Voraussetzungen für die Demokratisierung der DDR geschaffen werden, z.B. wurde über ein neues Wahlgesetz und eine Verfassungsreform diskutiert.

Zum Abschluss des ereignisreichen Jahres fand am 31. Dezember 1989 die erste gemeinsame deutsch-deutsche Silvesterfeier am Brandenburger Tor statt.

### 3. Pressearbeit in der DDR im Jahr 1989

Im Rahmen meiner Wettbewerbsarbeit war zu diesem Kapitel ein Interview mit einem Journalisten, der im Jahr 1989 und den Vorjahren tätig war, geplant. Zwei, von mir vorbereitete Fragen waren z.B. „Wie ist man allgemein bei der Berichterstattung oder bei der Beschaffung von Informationen vorgegangen?“ und „Wie eng war dabei die Zusammenarbeit mit der SED-Kreisleitung oder der SED-Bezirksleitung?“ (vollständiger Fragenkomplex s. Anhang). Ich bemühte mich telefonisch um eine Terminvereinbarung mit der Prenzlauer Zeitungsredaktion. Hier wurde ich an einen ehemaligen Journalisten, welcher heute im Ruhestand ist, verwiesen. Von diesem erhielt ich telefonisch sofort eine Absage. Ein Grund für diese Absage wurde mir nicht genannt. Ein weiteres Mal ließ ich mich mit dem Redaktionschef der Prenzlauer Zeitung verbinden. Dieser lehnte einen Termin für ein mündliches Interview ab. Es wurde vereinbart, dass ich einen Fragenkomplex für ein schriftliches Interview zusammenstelle und diesen per E-Mail an die Redaktion sende. Nachdem ich die erste E-Mail erfolgreich versendet hatte, erfuhr ich Tage später auf Nachfrage, dass diese angeblich nicht eingegangen sei. Daraufhin versandte ich die E-Mail ein zweites Mal. Das Ergebnis war erneut eine Absage durch die Prenzlauer Zeitung. Auch mein Vorschlag auf einen verkürzten Fragenkomplex wurde abgelehnt. Eine Unterstützung bei meinen Recherchen sei aus personellen und zeitlichen Gründen leider nicht möglich gewesen. Meine Fragen würden komplexe Antworten benötigen und dafür hätte man keine Zeit.

Es ist zu vermuten, dass bei vielen Journalisten, welche länger als 24 Jahre ihre berufliche Tätigkeit ausüben noch die alten Denkstrukturen verwurzelt sind. Des Weiteren käme es einer Offenbarung gleich, die zum Teil sehr kritischen Fragen wahrheitsgemäß zu beantworten. Für mich ist es bedauerlich, dass bis zum heutigen Zeitpunkt in unserer Regionalzeitung Menschen tätig sind, die offensichtlich immer noch nicht ihre eigene Vergangenheit so aufgearbeitet bzw. verarbeitet haben, dass sie im Rahmen ihrer Tätigkeit auch öffentlich damit umgehen können.

Es ist mir nur teilweise möglich, die Arbeit der Presse und der Journalisten objektiv darzustellen.

In dem Buch „Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser“, in welchem die Geschichte des „Nordkuriers“ aufgearbeitet wurde ist folgendes Zitat zu finden: „Die Presse [...] wirkt auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, sie verteidigt die Reinheit und Einheit der proletarischen Partei gegen alle Einflüsse bürgerlicher Ideologie innerhalb und außerhalb der Arbeiterbewegung.“<sup>7</sup>. Es wird deutlich, dass die Zeitung Propaganda betreiben soll, aber nur

---

<sup>7</sup>Baumann, Christiane 2013, S. 8.

für die eine Partei. Nur eine politische Ansicht ist zu vertreten und diese ist zu sichern. Jedem, der den Beruf des Journalisten zu DDR-Zeiten ausüben wollte, wurde an der Uni Leipzig, dem „Roten Kloster“, neben journalistischen Techniken, auch die Lehre von Marx und Engels und deren Interpretation durch die SED-Oberen vermittelt. An höhere Posten, wie z.B. die eines Redakteurs, kam man überwiegend durch Verbindungen zu wichtigen SED-Politikern. Eine journalistische Ausbildung war nicht immer entscheidend, diese konnte auch während der Tätigkeit nachgeholt werden. Jedoch wurde eine Verbundenheit zur Partei eingefordert. Auch wenn man beim Lesen der Zeitungen den Eindruck erhält, dass die Journalisten die Sache der SED vollkommen vertraten, glaube ich nicht, dass alle freiwillig diese Interessen dem Leser vermittelten. „Störenfriede“ innerhalb der Redaktion wussten, dass sie ausgeschaltet werden konnten, vor allem durch die vielen inoffiziellen Mitarbeiter.

Die Arbeit des MfS beinhaltete nicht nur die Versorgung der Presse mit Informationen. Manchmal wandten sich Redakteure an das MfS, wenn sie sich unsicher waren, wie ein Ereignis "richtig" gedeutet werden sollte. Sie ließen „kritische“ Artikel vom Ministerium für Staatssicherheit gerne absegnen, um einer möglichen Kritik von Oben zu entgehen.

Bei meinen Recherchen bin ich auch auf die Tatsache gestoßen, dass von Journalisten sämtliche Informationen über das Berufs- und Privatleben gesammelt wurden. Das finde ich sehr erschreckend, weil es zeigt, wie schwierig es für DDR-Journalisten war, objektiv zu berichten.

Zu der „Recherchearbeit“ gehört auch das Führen von Interviews. Das Wort „Recherchearbeit“ habe ich hier in Anführungszeichen gesetzt, da der Großteil der zu veröffentlichen Artikel bereits von der Partei vorgegeben wurde. Dennoch empfinde ich die Aussage von Reinhard Sobiech<sup>8</sup>, als sehr wichtig. Er sprach über seine Erlebnisse mit Interviewpartnern und sagte: „Es gab drei Varianten. Variante eins: Der Gesprächspartner sagte: Ich erzähle Euch mal, wie es wirklich aussieht hier bei uns. Auch wenn ich weiß, dass ihr es doch nicht schreiben dürft. Variante zwei: Der Gesprächspartner sperrte sich und meinte, die FE würde ja doch nicht die Wahrheit schreiben. Und Variante drei betraf die linientreuen Genossen, die sagten: Schreib, was Du schreiben willst. Du kannst meinen Namen darunter setzen.“<sup>9</sup> Bei der ersten Version wird der Journalist als Bürger angesehen, welcher die gleichen Probleme hatte, wie man selbst. Auch er konnte seine Meinung nicht frei äußern. Diese Ansicht wird bei Variante zwei nicht vertreten. Hier wird der Journalist als Vertreter der SED und Heuchler dargestellt, weil er nicht die Wahrheit schrieb. In der dritten Variante wurde die Realität bei einem Interview mit einem Parteimitglied genannt. Bei parteitreuen Bürgern standen die Journalisten hoch im Kurs,

---

<sup>8</sup> Geboren 1955, wurde im Herbst 1989 Chefreporter.

<sup>9</sup> Baumann, Christiane 2013, S.88.

wohingegen sie bei Leuten mit der Meinung aus der zweiten Version auf Ablehnung stießen. An diesem Zitat werden die Unterschiede in der Rolle eines Journalisten in der DDR sehr deutlich.

## 4. Berichterstattung in der Lokalpresse

### 4.1 Aufbau der Zeitung „Freie Erde“

Auf der 2. Parteikonferenz der SED im Jahr 1952 wurden die einzelnen Länder in der DDR abgeschafft und dafür 14 neue Bezirke gegründet. So bildete man aus dem ehemaligen Land Mecklenburg die drei Nordbezirke Schwerin, Neubrandenburg und Rostock. Das mecklenburgische SED-Blatt „Landes-Zeitung“ erschien nun als sogenanntes Bezirksorgan der SED, dazu gehörte unter anderem die „Freie Erde“. Sie wurde im August 1952 aufgrund der noch sehr zerstörten Bezirkshauptstadt Neubrandenburg, zunächst in Neustrelitz gedruckt. Am 15. August erschien die erste Ausgabe dieser Tageszeitung als „Organ der Bezirksleitung Neubrandenburg der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, wie sie im Untertitel genannt wird. Damit war sie ein wichtiges Propagandamittel der Partei. Die Redakteure erhielten genaue Anweisungen darüber, was veröffentlicht werden durfte und was nicht.

Der Titel des Blattes „Freie Erde“ vermittelt die Freiheit der Bürger und der DDR, aber auch die Unabhängigkeit gegenüber anderen Staaten oder von anderen Parteien. Über dem Titel steht ein Appell „Proletarier<sup>10</sup> aller Länder, vereinigt euch!“. Dieser Ausspruch wurde aus dem kommunistischen Manifest von Karl Marx (1848) adaptiert. Er besagt, dass sich die Arbeiter der Länder zusammenfinden sollen um für Besserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen und gegen die Ausbeutung zu kämpfen. Daraus lässt sich schließen, dass diese Zeitung an die Arbeiterklasse und breite Schichten der Bevölkerung gerichtet war.

Die „Freie Erde“ besaß einen übersichtlichen Aufbau und wurde in schwarz-weiß gedruckt. Unter dem Titel findet man das Datum, die Nummer der Ausgabe und den Preis<sup>11</sup>. Durch den niedrigen Preis sicherte die SED, dass sich jeder Bürger eine Zeitung leisten konnte.

Die „Freie Erde“ bestand aus acht Seiten. Auf dem Titelblatt wurde überwiegend zu den aktuellen politischen Hauptthemen in der Deutschen Demokratischen Republik, der Sowjetunion oder anderen Ostblockstaaten berichtet. Außerdem fand man dort Bezirksnachrichten und lokale Informationen im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich. Die weiteren Seiten lassen sich in folgende Felder einteilen: „AKTUELLE INFORMATIONEN“, „IM SPEKTRUM DIESER TAGE“, „SEITE FÜR JUNGE LEUTE“, „LESERFORUM“, „IM DIALOG“, „SPORT“, „KULTUR“, „BEZIRKSMOSAIK“, „FERNSEH-/RUNDFUNKPROGRAMM“, „AUßENPOLITIK“ und „ANZEIGEN“. Diese Themen erschienen jedoch differenziert in jeder Ausgabe. Die achte Seite war die Lokalseite von

---

<sup>10</sup> Arbeiter, das gemeine Volk.

<sup>11</sup> 15 Pfennig.

Prenzlau. Von Lesern der damaligen Ausgaben habe ich erfahren, dass die Zeitung meist auf der letzten Seite begonnen wurde zu lesen, weil dort die für den Bürger wirklich wichtigen und interessanten Nachrichten standen.

#### **4. 2 Berichterstattungen vor dem 9. November 1989**

Zeitungen gehören zur Gruppe der Printmedien. Die Medien haben die Aufgaben zwischen Politik und Bevölkerung zu vermitteln. Sie fördern die Kommunikation zwischen beiden Gruppen. Medien berichten über politische Prozesse und Vorstellungen. Dadurch kann sich jeder Einzelne informieren und sich eine eigene Meinung bilden.<sup>12</sup>

Diese Aufgaben galten jedoch nur bedingt für die DDR-Presse. Die Zeitung „Freie Erde“ war ein Organ der SED und somit parteipolitisch gefärbt. Sie diente der Partei zur gezielten Beeinflussung der Bürger und als Propagandamittel. Die Berichterstattung war sehr einseitig und undifferenziert. Es handelte sich somit um eine Presse die der Zensur unterlag. Eine Pressefreiheit gab es in der DDR nicht.

Für die folgenden Analysen standen mir die Ausgaben der „Freien Erde“ vom 20. Oktober 1989 bis zum 18. November 1989 zur Verfügung, jedoch fehlen einige Zeitungen.

Beim Lesen einer Zeitung spielen die Überschriften zu den Artikeln eine wichtige Rolle. Über sie erfährt man das Thema des Textes und bekommt einen ersten Eindruck. Daher ist die Betitelung für die Meinungsbildung wichtig.

Geht es bei der Berichterstattung um die SED-Politik in der DDR, fällt als erstes die Fülle an Positivmeldungen auf. Auch die besondere Diktion, die sich in der Sprache widerspiegelt ist auffällig. Ganz im Gegensatz zur Realität, sah sich die SED als „offen“, „konstruktiv“, „der Wahrheit ins Auge schauend“, „sich der Verantwortung stellend“ und sei entschlossen, „vom Monolog zum Dialog zu kommen“ um „die wichtigen Dinge an[zu]packen“. Wenn jedoch die Rede von der BRD war, wurden im Herbst 1989 immer noch negativ behaftete Wörter, wie „unzureichend informiert“ und „Westberliner Rowdys“, verwendet. Schon hier wurde der Leser in seiner Meinung beeinflusst. Er sollte offensichtlich einen schlechten Eindruck vom Westen und einen guten vom Osten erhalten.

Erste Änderungen in der Berichterstattung der Zeitung erkennt man anhand von Artikeln, die über Aufstände informierten. Über die Protestzüge wurde dennoch sehr sachlich und differenziert berichtet, so auch schon in den Überschriften: „Demonstrationen in mehreren Städten“, „Wieder Demonstrationen in DDR-Städten“. Hierbei kann man jedoch schon zufrieden sein, dass Artikel die über Kundgebungen informierten, veröffentlicht wurden.

---

<sup>12</sup> Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Robby Geyer, Mai 2009, Nr. 63.

Aufgrund der hohen Anzahl von Bürgern, die an Demonstrationen teilnahmen, war das Vertuschen praktisch auch nicht mehr möglich. Des Weiteren ist auffällig, dass Egon Krenz oft in den Überschriften erwähnt wurde. Das ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass er neuer Generalsekretär der SED war und somit als Repräsentant der Partei dienen sollte, der den von Gorbatschow vorgezeichneten bzw. geforderten Reformweg mittragen würde.

Beim Vergleichen von Überschriften sind Widersprüche zu erkennen. Diese sind an aufeinanderfolgenden Tagen zu finden. So widerspricht sich die Überschrift „Aktionsprogramm: Die Dinge anpacken!“ vom 7. November mit der vom 8. November „Regierung zurückgetreten“. Sie zeigen erst, wie tatkräftig etwas bewirkt werden soll und einen Tag später quittieren die Politiker ihr Amt. Solche Widersprüche sind auch im Inhalt zu finden, wie z.B. in den Aussagen von Egon Krenz. An einem Tag stand in der Zeitung, dass man „der Gesetzesvorbereitung ausreichend Fristen einräumen müsse“<sup>13</sup> und am nächsten wurde davon gesprochen „so schnell wie möglich einen Gesetzesentwurf ausarbeiten zu müssen“<sup>14</sup>.

Beim Lesen der Artikel fällt auf, dass die SED immer in das rechte Licht gerückt wurde. Es werden ihre Erfolge, ihr Reformwille und ihre demokratischen Absichten dargestellt.

Am auffälligsten in der Berichterstattung ist die gehäufte Verwendung des Konjunktivs. Das hängt mit dem indirekten Zitieren zusammen. Die Journalisten geben in den Artikeln zum größten Teil nur die Aussagen der Politiker wieder. Kommentare von ihnen sind nur selten zu finden. Der wahrscheinlichste Grund dafür ist, dass durch diese Schreibweise kritische Äußerungen vermieden wurden, denn die Politiker kritisierten die Partei, wenn überhaupt, sehr selten. Es ist ein häufiger Wechsel zwischen direkter und indirekter Rede festzustellen.

Eine weitere Auffälligkeit in der „Freien Erde“ vor der Wende ist, dass beispielsweise Politiker immer im Zusammenhang mit ihrer Position benannt werden. Ein Beispiel dafür ist „Generalsekretär des ZK der SED“<sup>15</sup>. Dadurch wurden die Artikel noch trockener und eintöniger.

Einige Wörter werden in der „Freien Erde“ besonders oft verwendet, wie z.B. „Partei“, „Sozialismus“, „konstruktiv“, „Umgestaltung“, „SED“, „Zusammenarbeit“, „sozialistischer Staat“, „Freundschaft“, „Tagung“, „Treffen“, „Dialog“, „Gespräch“, „Reformen“, „Volk“, „Stabilität“ und „Frieden“. Es sind alle Wörter, die das Handeln und Wirken der Partei positiv belegen und von der Wirklichkeit ablenken. Hier wurden plumpe Worthülsen und soziale Schlagwörter genutzt. So wird auch der Inhalt der Artikel genauestens auf die Absichten der SED, die Beeinflussung der Menschen, abgestimmt. Betrachtet man die Inhalte genauer, ist

---

<sup>13</sup> Freie Erde Nr. 251, 25.10.1989.

<sup>14</sup> Freie Erde Nr. 252, 26.10.1989.

<sup>15</sup> Freie Erde Nr. 247, 20.10.1989.

erkennbar, dass der Leser über die Wortwahl manipuliert werden soll. Aufgrund des zunehmenden Widerstandes der Bevölkerung kann man jedoch von einem Bewusstsein der Bürger auch über diese Indoktrination ausgehen. In den Zeitungen vom 20. Oktober bis zum 8. November 1989 sind viele auffällige Textstellen zu finden.

Am 20. Oktober wurde ein Artikel „Parteienbündnis gibt uns Kraft“<sup>16</sup> veröffentlicht. Er berichtet von der guten Zusammenarbeit zwischen den fünf Parteien<sup>17</sup>, welche ein starkes Fundament bilden würden. Unter Bündnis verstehe ich, dass mehrere Parteien zusammen die Macht ausüben bzw. im Interesse der Mehrheit des Volkes regieren. In der DDR hatte jedoch die SED die gesamte Macht inne. Des Weiteren wurde gesagt, dass die Parteien noch mehr ihre Eigenständigkeit darstellen sollten. Diese Aussage ist widersprüchlich mit der, dass sie fest auf der Grundlage des Rechtsstaates stehen würden. Die Verfassung bildet die Grundlage des Rechtsstaats. In ihr war auch der Machtanspruch der SED festgeschrieben, also „tanzten“ die „Bündnisparteien“ nach den Regeln der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und fungierten nicht als eigenständige Parteien, sondern als „Einheitsfront“. Als Nachweis hierfür ist sogar die Aussage „Parteienbündnis unter Führung der SED“ zu finden. „Es hat keinen Sinn jetzt lauthals darüber<sup>18</sup> zu lamentieren, was in der Vergangenheit alles passiert ist.“<sup>19</sup> Das ist eine weitere Äußerung aus dem Artikel „Parteienbündnis gibt uns Kraft“<sup>20</sup>. Damit wurden die vielen Demonstranten angesprochen. Die Bürger wurden über die Zeitung, nicht durch Politiker aufgefordert, die Fehler die gemacht worden sind zu vergessen und zu begraben. Vergangene Irrtümer würden nichts mehr bedeuten und es mache keinen Sinn weiter zu demonstrieren. Außerdem wurde hier die Stärke der Partei betont, die sich auf die „politische Kraft der über 28000 Mitglieder im Bezirk“ verlassen könne. Damit zeigte die SED, wie wichtig sie ist und zeigte wie viele ihr angehörten. Dadurch sollte suggeriert werden, dass das Volk ihre Ansichten teile. Die Politiker waren sich jedoch auch darüber im Klaren, dass z.B. ein Journalist der Partei angehören musste, um eine Ausbildung als solcher beginnen zu können. In dem Artikel „Offen und konstruktiv die Probleme beraten und lösen“<sup>21</sup> geht es um ein Gespräch zwischen Egon Krenz -dem Generalsekretär des ZK der SED- und Arbeitern, welche „Kritik an Mängeln“ im Verlauf des Gesprächs äußerten. Hier wurden die angesprochenen großen Probleme, beispielsweise beim Leistungsprinzip (Normerhöhung), als kleine Mängel dargestellt. Die Zeitung verharmloste die Fehler der Partei. Für Egon Krenz war das „ein Stück Parteitagsdiskussion“. Er wollte durch diese Aussage verdeutlichen, dass ihm das Volk wichtig

---

<sup>16</sup> Freie Erde Nr. 247, 20.10.1989.

<sup>17</sup> Gemeint sind hier die so genannten Blockparteien SED, CDU, LDPD, DBD und NDPD.

<sup>18</sup> Gemeint sind die innerpolitischen Probleme.

<sup>19</sup> Freie Erde Nr. 247; 20.10.1989, S. 2.

<sup>20</sup> Ebd.

<sup>21</sup> Freie Erde Nr. 247; 20.10.1989.

sei und es somit von den Ansichten der Partei überzeugen. Der Generalsekretär werde über das Gesagte nachdenken und „jene Probleme mit Besonnenheit lösen“. Wenn er sagt „mit Besonnenheit“ bedeutet das für mich, dass er und die Partei zwar darüber nachdenken werden, aber man weiß nicht, ob es überhaupt in ihrem Interesse liegt alle Fehler zu beseitigen. Im Nachhinein wurde noch erwähnt, dass Egon Krenz sich bei allen bedankt habe. Hier sollte noch einmal die Verbundenheit zu den Bürgern aufgezeigt werden.

Ein Interview mit dem Sprecher des DDR-Außenministeriums ist am 21. Oktober in der „Freien Erde“ zu finden. Es geht um die „Ausreiseregulation in Warschau“<sup>22</sup>. Die Partei habe entschieden, dass sie die Bürger „glücklich machen wolle“, auch wenn das die Ausreise aus der DDR verlange. Dennoch betonten sie, dass jeder Bürger wichtig sei und gebraucht werde.<sup>23</sup> Es sollte den Ausreisewilligen ein schlechtes Gewissen eingeredet werden, indem in der Zeitung geschrieben wurde, dass Freunde und Verwandte „im Stich [ge]lassen“ werden. Die Menschen seien von den westlichen Medien beeinflusst und erhielten dadurch ein „falsches“ Bild von der Deutschen Demokratische Republik. Daran lässt sich erkennen, dass die SED nicht die Probleme in der DDR als Grund für die vielen Ausreisenden sah, sondern sie stellte die westlichen Medien als Verursacher dar.

Während die BRD als Klassenfeind galt, wurde die UdSSR als Freund und Wegbereiter zur weiteren Ausgestaltung des Sozialismus in der DDR ausgegeben. In dem Artikel „Egon Krenz zu Besuch in UdSSR eingeladen“<sup>24</sup> vom 23. Oktober heißt es, dass die beiden Staaten einen „unzerstörbaren Bruderbund“ bilden würden, der ein „entscheidendes Fundament“ der fruchtbringenden Zusammenarbeit sei. Hier wird deutlich, dass die sozialistische Politik der KPdSU lange Zeit eine Existenzgrundlage des Sozialismus in der DDR war. Erst nachdem Gorbatschow mit seiner Politik von Glasnost und Perestroika einen Kurswechsel einschlug, distanzierte sich die SED-Partei- und Staatsführung zunehmend von der UdSSR, was an vielen kleinen Dingen, wie etwa dem Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ deutlich wurde. Am 24. Oktober erschien auf dem Titelblatt erstaunlicher Weise ein Artikel über die Bundesrepublik Deutschland. Thema des Berichts war der Wohnungsmangel in der BRD. Die Einheitspartei sah hier erneut eine Chance den Westen zu kritisieren. Aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, dass der Artikel auf dem Titelblatt zu finden ist. Er wurde veröffentlicht, um die ausreisewilligen DDR-Bürger anzuregen ihre Entscheidung noch einmal zu überdenken und die „Zwei Gesichter der Freiheit“<sup>25</sup> zu betrachten. Es wurde versucht die Menschen im Land zu behalten.

In den Zeitungen wurden ebenfalls einige Leserbriefe veröffentlicht. Einer von ihnen trägt die

---

<sup>22</sup> Freie Erde Nr. 248, 21.10.1989.

<sup>23</sup> Ebd.

<sup>24</sup> Freie Erde Nr. 249, 23.10.1989.

<sup>25</sup> Freie Erde Nr. 250; 24.10.1989.

Überschrift „Nicht alles zerreden, sondern verändern“<sup>26</sup>. Damit werden die Dialoge zwischen Partei und Volk angesprochen. Diese Gespräche wurden vom Autor positiv gewertet, jedoch würde zu wenig vom Gesagten auch umgesetzt werden. Zu Beginn wirkt der Leserbrief sehr viel versprechend. Man bekommt den Eindruck, dass große und allgemeine Probleme angesprochen werden, dann wird jedoch nur geringe Kritik geäußert. Es ist anzunehmen, dass Leserbriefe, in denen zu viel direkte Kritik zum Ausdruck kam, durch die Zensur gar nicht erst veröffentlicht wurden.

Im Artikel über die „Demonstrationen in mehreren Städten“<sup>27</sup> ist von „Forderungen nach spürbaren Veränderungen“ die Rede, jedoch wurden spezielle Ansprüche der Demonstranten nicht genannt. Einzig über das Verlangen nach einer Weiterführung der Dialoge wurde berichtet.

Abb. 2: „BRD- Sprecher unzureichend informiert“ Freie Erde (s. Anhang)

Dass die „Freie Erde“ sozialistisch geprägt war, zeigt sich auch in dem Artikel „BRD-Sprecher unzureichend informiert“<sup>28</sup> (Abb. 2). Dieser Sprecher behauptete, dass Flüchtlinge ohne Ausreiseerlaubnis bei der Rückkehr in die DDR mit einer strafrechtlichen Verfolgung rechnen müssten. Unglaublich erscheint, dass DDR- Flüchtlinge jemals wieder zurück wollten. Die SED widersprach dieser Anschuldigung. „DDR-Übersiedlern sollte verdeutlicht werden, dass nach DDR-Recht ein Straftatbestand vorliege (Spionage wegen Kontakt zu Behörden, Republikflucht u.ä.).“ Es war die Aufgabe von Mitarbeitern in den Auffanglagern diese Gegebenheit zu vermitteln. Mit dieser Aussage wurde auf die Stasi angespielt. Der Artikel zeigt, dass über die Zeitung versucht wurde, die BRD als unwissend darzustellen. Außerdem sollte dadurch Ausreisewilligen aus der DDR ein Denkanstoß geben werden, damit sie ihre geplante Ausreise noch einmal überdenken. In einem veröffentlichten Leserbrief in der Zeitung vom 25. Oktober, mit der Aussage „Schönfärberei hilft nicht“<sup>29</sup> als Überschrift, wurde viel direkte Kritik geäußert. Schon der Titel deutet kritische Äußerungen an. Die Kritik spielte auf die Mangelwirtschaft und das nicht funktionierende Kontrollsystem in der DDR an. Dazu schreibt der Autor unter anderem „ständig standen Erfolgsmeldungen unserer Betriebe in den Zeitungen, aber die Produkte blieben aus“.

Unter dem Titel „Unser Land erlebt einen neue Aufbruch“ wurde am 25. Oktober eine Rede von Egon Krenz veröffentlicht<sup>30</sup>. Der Artikel begann auf dem Titelblatt und beanspruchte die komplette zweite Seite dieser Zeitung. In ihr legte er dar, dass die 9. Tagung des

---

<sup>26</sup> Ebd, S. 4.

<sup>27</sup> Ebd., S. 1.

<sup>28</sup> Ebd., S. 6.

<sup>29</sup> Freie Erde Nr. 251, 25.10.1989.

<sup>30</sup> Freie Erde Nr. 251, 25.10.1989.

Zentralkomitees der SED eine Wende in der Entwicklung der Arbeiter-und-Bauern-Macht eingeleitet habe. Somit stellte er die Partei zum Schein an die Spitze der oppositionellen Bewegung. Er stellte es so dar, als wenn auch die Einheitspartei die Wende wollte und die Bürger in ihrem Handeln unterstützen würde. Im Hintergrund wurde jedoch alles versucht um eine politische Wende und damit den Verlust des Machtanspruchs der SED zu verhindern. Die Partei mache alles nur zum „Wohle des Volkes“. „Alles [...] was wir an Reformen durchzuführen haben, und wir wollen sie durchführen, ist diesem<sup>31</sup> vom Volke gegebenen Auftrag verpflichtet.“<sup>32</sup> Die Staatsmänner behaupteten, dass auch sie Veränderungen wollten, aber es bleibt unklar, ob diese mit denen der Bürger übereinstimmten. Egon Krenz sprach oft die geführten Dialoge an. Meiner Meinung nach können sie als ein großer Fortschritt angesehen werden, jedoch beließ es die Partei bei den Gesprächen und suchte keine neuen Möglichkeiten, etwas im Land zu ändern. In der Rede äußerte man sich nur über Erfolge und Probleme. Letztere wurden jedoch nicht näher benannt. Es wurde davon gesprochen Veränderungen herbeizuführen, neue Gesetze zu erlassen und sich mit den Forderungen der Bürger zu beschäftigen. Hier wurden wieder die Verbundenheit zum Volk und der Tatendrang der SED betont. Sie haben für die Gesetzesvorbereitung ausreichende Fristen einräumen wollen. Man kann vermuten, dass dadurch Änderungen soweit wie möglich heraus gezögert werden sollten. Andererseits wurde die Politik scheinbar offener und die Partei ging scheinbar mehr auf das Volk ein, indem sie „[...] Entwürfe bedeutender Gesetze der Bevölkerung zur breiten, öffentlichen Aussprache unterbreiteten [...]“<sup>33</sup>. Dies geschah eventuell auch aus Angst die Macht zu verlieren. Sie setzten auf kleine Veränderungen und darauf, dass sich die Bevölkerung damit zufrieden gibt.

Über das Telefonat zwischen Krenz und Kohl am 26. Oktober erschien am darauffolgenden Tag ein Artikel in der „Freien Erde“<sup>34</sup>. Eine Feststellung zu diesem Telefongespräch war, dass es immer besser sei „miteinander als übereinander zu reden“<sup>35</sup>. Das vermittelt den Eindruck, als wenn immer eine gute Beziehung zwischen den beiden Staaten bestanden hätte. Des Weiteren wurde die „zeitweilige Sprachlosigkeit“ zwischen der DDR und der BRD angesprochen. Ein Funken Selbstkritik ist zu erkennen, jedoch wird diese verharmlost. Es müsste eher die Rede von Ignoranz und Misstrauen sein. In seinem Gespräch mit der Aktuellen Kamera<sup>36</sup> über dieses Telefonat redete Egon Krenz darüber, dass er das Wort Wende absichtlich genutzt hätte, er jedoch keine Umkehr damit meinte und der Sozialismus bestehen bliebe. Dieser gehöre zur Stabilität in Europa. Am Ende des Interviews betont Egon

---

<sup>31</sup> gemeint ist der erste Artikel der Verfassung der DDR

<sup>32</sup> Freie Erde Nr. 251, 25.10.1989.

<sup>33</sup> Freie Erde Nr. 251, 25.10.1989.

<sup>34</sup> Freie Erde Nr. 252, 26.10.1989.

<sup>35</sup> Ebd.

<sup>36</sup> Freie Erde Nr. 252, 26.10.1989.

Krenz, dass die Hand der SED-Führung ausgestreckt sei, auch um die Sicherheit in Europa zu bewahren. Das zeigt, dass die führenden DDR-Politiker zumindest den Anschein vermitteln wollten, für eine offene Kommunikation bereit zu sein. Vor allem über die Presse wurde versucht die angebliche Kooperationsfähigkeit darzustellen. Dennoch wurde hier die Wichtigkeit der DDR hervorgehoben, aber gewollt oder ungewollt auch die der BRD.

In der Zeitung vom 28. Oktober<sup>37</sup> wird berichtet, dass eine Amnestie<sup>38</sup> für den ungesetzlichen Grenzübertritt und für die widerrechtliche Durchsetzung der Ausreise aus der DDR beschlossen worden sei. Die „Übersiedler“ hätten eine Straftat begangen und müssten somit bei ihrer Rückkehr mit Konsequenzen rechnen. Das widerspricht sich mit dem Artikel „BRD-Sprecher unzureichend informiert“<sup>39</sup>, in welchem gesagt wurde, dass man nicht mit Strafen rechnen müsse. Strafen für dieses Vergehen gingen von öffentlichem Tadel bis hin zum Freiheitsentzug. Hierbei muss man jedoch erwähnen, dass kaum ein Flüchtling in die DDR zurückgekehrt ist.

Horst Sindermann<sup>40</sup> nannte in dieser Zeitung Ursachen für den Vertrauensverlust. Es gab „Fehler in der Wirtschaft und im Umgang mit Bürgern“. Hier sind kritische Äußerungen an den eigenen Reihen veröffentlicht worden. Das zeigt auch, dass die Einheitspartei nicht fehlerfrei war. Es war ein erster Schritt in Richtung Offenheit. Die Lockerung der Zensur ist hier deutlich zu spüren, da das Geständnis für alle Leser der Zeitung sichtbar war.

In dem Artikel „Unsere Partei schaut der Wahrheit ins Auge“<sup>41</sup> vom 31. Oktober erklärt Egon Krenz vor Absolventen der Militärakademien „Wer richtige Antworten auf die komplizierte Entwicklung unserer Gesellschaft finden will, braucht zuerst eine realistische, von jedem Wunschdenken freie Analyse der Situation“. Hier stellt die Partei Forderungen der Bürger als nicht realisierbar dar. Das zeigt, dass sie nicht bereit war den Wünschen der Bevölkerung nachzugehen. Des Weiteren rechtfertigten oder entschuldigten sie sich vor den DDR-Bürgern, dass es so lange dauerte Änderungen durchzuführen, jedoch wollten sie diese in Wirklichkeit nur herauszögern. Ihre Untätigkeit begründete die Partei damit, dass nichts schlimmer wäre, als Versprechen abzugeben, für die es keine Grundlagen geben würde. Die Politik der SED sei eine Politik, die dem Volke diene und diese Politik verdiene Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit. Den Absolventen der Militärakademien verdeutlicht der Generalsekretär, dass „alle die Verantwortung dafür tragen, dass an der Trennlinie zwischen Sozialismus und Kapitalismus in jeder Minute Normalität herrscht“<sup>42</sup>. Mit der „Trennlinie“ ist die Grenze zwischen der DDR und der BRD gemeint. Auffällig ist dabei die negative Beschreibung der BRD, die mit ihrer

---

<sup>37</sup> Freie Erde Nr. 254, 28.10.1989.

<sup>38</sup> Straferlass.

<sup>39</sup> Freie Erde Nr. 250; 24.10.1989, S. 6.

<sup>40</sup> Volkskammerpräsident.

<sup>41</sup> Freie Erde Nr. 256, 31.10.1989.

<sup>42</sup> Freie Erde Nr. 256, 31.10.1989.

Wirtschaftsordnung des Kapitalismus nicht für soziale Gerechtigkeit stehen könne. Der Leser sollte den Eindruck erhalten, dass es im Westen nur um Profit gehe. Außerdem fällt auf, dass der Osten zuerst genannt wurde. Als nächstes meinte Egon Krenz, dass es klar sein müsse, „welche Partei, welche Sache wir vertreten. Da dürfe es kein Schwanken und kein Wanken geben.“<sup>43</sup> Hier wird die deutliche Abgrenzung zur BRD sichtbar dargestellt.

In dem Artikel „Wieder Demonstrationen in DDR-Städten“<sup>44</sup> wurden nun spezielle Forderungen und Kritikpunkte veröffentlicht. Es wurden unter anderem „eine wirklich freie Gewerkschaft“, „republikweite Rehabilitierung sogenannter Andersdenker“, „grundlegende Reformen des Bildungs- und des Rechtssystems“, „Reisefreiheit“, „Zulassung des 'Neuen Forums'“ und „Presse- und Informationsfreiheit“ verlangt. Das sind alles starke Kritikpunkte an der Politik der Partei. Auffällig ist aber auch, dass Zahlen genannt wurden, wie viele Demonstranten z.B. in Leipzig auf die Straße gingen. Es waren „rund 200 000“. In diesem Artikel wurde sachlich berichtet, ohne zu kommentieren.

Abb. 3: „Beginnende Wende braucht das Wort der DDR-Autoren“ Freie Erde  
(s. Anhang)

Dieser Artikel (Abb. 3) wurde am 1. November in der „Freien Erde“ veröffentlicht. Der kritische Inhalt des Briefes der Autoren wurde nur kurz in fünf Zeilen wiedergegeben. Jedoch hatte man den kompletten Antwortbrief von Egon Krenz unkommentiert veröffentlicht. In diesem wurden nur die Bedeutung der Partei und die Erfolge ihrer Politik in der Wendezeit zum Ausdruck gebracht, aber auf mögliche Fragen der Autoren wurde nicht eingegangen.

Der Bericht „Kritik an Schulen lässt keinen kalt“ erschien ebenfalls am 1. November in der Tageszeitung FE. Am Ende wurde geschrieben, dass es den Lehrern im Staatsbürgerkundeunterricht frei stehe selbst zu entscheiden, welche Stoffeinheiten sie behandeln und welche nicht. Daran ist zu sehen, dass nicht nur die Zeitungen freier wurden, sondern auch das Schulsystem, denn in der DDR gab es einen einheitlichen Lehrplan und dieser musste Schritt für Schritt abgearbeitet werden.

Abb. 4: „Uneingeschränkte Unterstützung der DDR für Perestroika in der UdSSR“  
(s. Anhang)

Am 2. November wurde ein Artikel über die „Uneingeschränkte Unterstützung der DDR für Perestroika in der UdSSR“ abgedruckt. Dabei passierte beabsichtigt oder ungewollt ein

---

<sup>43</sup> Ebd.

<sup>44</sup> Ebd.

Druckfehler in der Überschrift. Es sieht so aus, als wenn ein Leerzeichen in dem Wort „uneingeschränkt“ wäre. (Abb. 4) Das konnte natürlich auch eine negative Wirkung, gerade bei diesem Artikel, erzeugen. Denn daraus würde man ableiten können, dass die Partei ihren großen Bruder doch nicht so sehr in seiner Politik unterstützt. Beim Einleiten der Politik Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion hatte die SED diesen politischen Wandel nicht unterstützt, weil dadurch die Machtstützen der Partei in Frage gestellt wurden. Hierdurch ist zu erkennen, dass sich die Ansichten und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Laufe einiger Monate verändert haben und nur noch versucht wurde den Machtanspruch durch minimale Änderungen zu sichern.

Des Weiteren wurde der Artikel „Kritische Bestandsaufnahmen für eine grundlegende Erneuerung“<sup>45</sup> in der „Freien Erde“ veröffentlicht. Prof. Dr. Alfred Kosing, Präsident der Vereinigung der philosophischen Institutionen der Republik äußert sich darin scharf über die Führungspartei SED. Er sagte: „Infolge einer langen Verzögerung längst herangereifter tiefgreifender Wandlungen und Reformen sei es in der DDR zu einer enormen Verschärfung vieler Widersprüche, zu einer politischen Krisensituation gekommen, die sich umso mehr verschärfte, als die Führung des Landes angesichts der für sie unerwarteten Vorgänge in Sprachlosigkeit und Handlungsunfähigkeit fiel.“ Daraufhin entschärfte er diese Äußerung gleich und sagte, dass die 9. Tagung des Zentralkomitees der SED diesen Zustand überwunden habe und die Wende eingeleitet hat. Dadurch wurde es auch noch so dargestellt, als wenn die Wende nicht vom Volk sondern von der Partei ausginge. Dennoch ist es verwunderlich, dass solch ein Artikel in der „Freien Erde“, einem Organ der SED, veröffentlicht wurde. Man kann hier schon von einer extremen Lockerung der Zensur sprechen, da Sprachlosigkeit und Handlungsunfähigkeit das schlimmste ist, was einer Regierung passieren kann.

Abb. 5: „An die 'Freie Erde' “ (s. Anhang)

Abb. 6: Herausgeber der „Freien Erde“ (s. Anhang)

Diese Kundgebung (Abb. 5) ist auch in der Zeitung vom 2. November zu finden. Die „Freie Erde“ wendete sich damit an ihre Leser, welche Briefe und Karten geschrieben hatten, und informierte diese darüber, was sie jetzt damit tun wollten. Die Zeitung möchte die Briefe „intensiv durchdenken“ und „vieles veröffentlichen“. Die Zuschriften sollen „komplett oder in Auszügen in der Zeitung“ erscheinen. Hier ist die erste Einschränkung zu erkennen, denn die Journalisten unterlagen der Zensur und konnten die Texte daher nur „nach ihren Möglichkeiten“ und „entsprechend ihrer Pflicht“ publizieren. Durch die Aussage, dass sie sich

---

<sup>45</sup> Freie Erde Nr. 258, 02.11.1989.

„vieler Dinge annimmt und befördern hilft, was dem Sozialismus nützt“ wird deutlich, dass sie trotz einiger Kritik immer noch Organ der SED war. Als letzter Punkt steht geschrieben „WIR WERDEN NICHT uns hindern lassen an einer wirksamen, freien und lebensverbundenen Zeitungswirtschaft – weder von Organisationen, Institutionen, Initiativen, Bewegungen, Plattformen noch von Einzelpersonen“. Das ist ein Widerspruch in sich, denn schon allein der Herausgeber (Abb. 6) war eine politische Organisation und durch sie wurde die Zeitung zensiert, daher konnte sie keine freie Berichterstattung leisten.

In den Artikeln „Erneuern, demokratisieren – das ist jetzt der Anspruch“<sup>46</sup>, „Ausreiseanträge werden unbürokratisch entschieden“<sup>47</sup> und „Prozeß des Umdenkens in Schulen eingeleitet“<sup>48</sup> vom 6. November wurde die SED, die jetzt etwas bewirken wolle, als „Freund und Helfer“ dargestellt. Das wird durch folgende auf ihre Tätigkeit bezogenen Aussagen deutlich: „sich an die Spitze des Prozesses stellen“, „Glaubwürdigkeit erlangen“, „Dialogfähigkeit unter Beweis stellen“, „Gemeinsamkeiten finden“, „Freundschaft mit allen schließen“ und „Resultate bringen“.

In der Zeitung des 6. Novembers ist auch der Artikel „DDR-Bürger verließen Gelände der Prager BRD-Botschaft“<sup>49</sup> zu finden. Es wurde berichtet, dass die ausreisewilligen Menschen mit Sonderzügen in die BRD gebracht wurden. Nachweislich mussten diese Züge DDR-Gebiet durchqueren und auch einige Bahnhöfe anfahren. Dort wurden die Züge bewacht, da an diesen Stationen, z.B. in Dresden, Bürger warteten um auf den Zug zu kommen. Sie wollten ebenfalls ausreisen. Es haben Randalen stattgefunden, der Bahnhof wurde demoliert, es gab Verletzte und viele Inhaftierte. Davon wurde in der Zeitung jedoch nicht berichtet. Der Bevölkerung wurde wieder nur die halbe Wahrheit gesagt.

### **4. 3 Berichterstattungen zum Mauerfall 1989**

Die 10. Tagung des Zentralkomitees der SED fand vom 8. November bis zum 10. November 1989 statt. Auf der Pressekonferenz zu dieser Tagung am Abend des 9. November versprach sich Politbüromitglied und DDR-Regierungssprecher Günter Schabowski, indem er behauptete, dass jeder Bürger der DDR sofort in den Westen reisen könne. Aus diesem Grund wählte ich Berichterstattungen der Zeitungen vom 9. November bis zum 11. November 1989 aus, da aktuelle Ereignisse einen Tag später in der Zeitung erscheinen.

Am 9. November war die Wortwahl der Überschriften noch sehr sachlich und informativ

---

<sup>46</sup> Freie Erde Nr. 261, 06.11.1989.

<sup>47</sup> Ebd.

<sup>48</sup> Rauschert, Gerda; Freie Erde Nr. 261, 06.11.1989.

<sup>49</sup> Freie Erde Nr. 261, 06.11.1989.

gehalten, aber mit Voranschreiten der Tagung wurde sie immer freier gestaltet. Am 9. November hieß es noch „10. Tagung des Zentralkomitees der SED wählt neues Politbüro“ oder „MfS - Arbeit für unsere Sicherheit“, aber an den beiden darauffolgenden Tagen schrieb man „Das wird jetzt normal reisen und wiederkommen“ und „In Kürze landesweiter Kongress von 'Neues Forum'“.

Die „Freie Erde“ berichtet am 9. November im Artikel „10. Tagung des Zentralkomitees der SED wählt neues Politbüro“<sup>50</sup> zunächst über den Rücktritt des alten Politbüros. Als Grund wurden hier jedoch nicht die gemachten Fehler genannt, sondern dass sie zurückgetreten seien, um jungen Kräften Platz zu machen. Des Weiteren war die Rede von einer „angespannten und äußerst schwierigen Entwicklung“. Die Verantwortung dafür trügen Genossen, die Subjektivismus in der Betrachtungsweise der Entwicklung des Landes und in Entscheidungen über wichtige Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung als Meinung aller Parteimitglieder ausgegeben und durchgesetzt hätten. Die Berichterstattung läuft darauf hinaus, dass das neu zusammengesetzte Politbüro die Fehler des Alten „ausbaden“ werde. Das ist auch an der Behauptung „Wir haben Fehler gemacht und wollen diese jetzt beheben und es besser machen“ zu erkennen. Die Partei gesteht ihre Fehler nun für jeden lesbarlich in der Zeitung ein. Sie habe ihre eigenen Vorsätze missachtet und hoffe nun auf Verständnis in der Bevölkerung und auf eine zweite Chance. Mit der „Erneuerung unserer Partei“ sollte jetzt eine wissenschaftlich begründete Politik verfolgt werden.

Wenn man die Wörter „Allgegenwart“ und „Bespitzelung“ hörte, dachte man sofort an das Ministerium für Staatssicherheit. In dem Artikel „MfS - Arbeit für unsere Sicherheit“<sup>51</sup> rechtfertigte sich dieses Organ der SED, dass es auf der Grundlage der Verfassung und der darauf basierenden Gesetze arbeite. Daraus könnte man schlussfolgern, dass das Ausspionieren von Bürgern zulässig war, denn Bespitzelungen haben nachweislich stattgefunden. Diejenigen, die bespitzelt wurden, würden gegen den Frieden seien. Es diene zur „Aufklärung von Plänen und Absichten gegen den Prozess der Festigung des Friedens“. Der Sachverhalt wurde dargestellt, als wenn das MfS nur dem Wohle der Bevölkerung der DDR diene. Mitglieder der Stasi würden (partei-, verfassungs-) feindliche Aktivitäten im Interesse der Bürger aufklären und verhindern. Des Weiteren wurde gesagt, dass sie kategorisch Maßnahmen gegen Andersdenkende ausschließen. Dadurch wollten die Mitarbeiter des MfS zeigen, dass sie ihre politischen Ansichten niemandem aufzwingen wollten, das Gegenteil war jedoch der Fall. Es wurde erwähnt, dass keiner für seine Einstellungen oder Gedanken verfolgt oder zur Verantwortung gezogen wird. Wenn man seine Meinung in der Deutschen Demokratischen Republik jedoch frei äußerte, sah es schon ganz

---

<sup>50</sup> Freie Erde Nr. 264, 09.11.1989.

<sup>51</sup> Freie Erde Nr. 264, 09.11.1989, S.6.

anders aus. Der Leiter der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit sagte, dass Gerüchte entstünden, weil es nicht möglich sei, über alles was mit der Arbeit des MfS zusammenhänge, Auskünfte zu geben. Der Artikel läuft auf eine Rechtfertigung der Stasi für ihre angeblich rechtlichen Aktivitäten hinaus. Es wurde nichts vom Autor kommentiert, nur wiedergegeben. Daraus ist zu schlussfolgern, dass gerade im Zusammenhang mit dem Ministerium für Staatssicherheit eine strenge Zensur galt. Ich denke, dass der Bericht zu dieser Zeit veröffentlicht wurde, um den Aussagen der westlichen Mächte, wie z.B. in dem Artikel „BRD-Sprecher unzureichend informiert“, zu widersprechen.

Auch am 10. November wurde über die „10. Tagung des Zentralkomitee der SED“<sup>52</sup> berichtet. Die SED wolle zum Prozess der Erneuerung des Landes und der Partei beitragen. Es herrsche Einmütigkeit darüber nach vorne zu gehen. Das zeigt, dass die Partei immer noch versuchte, sich als bestimmendes Organ an der Spitze zu halten. Sie wollten die Fehler hinter sich lassen und nicht wiederholen. In der Zeitung wurde geschrieben, dass mehr Mitglieder als je zuvor in der Diskussion das Wort ergriffen hätten. Dadurch werden der Wunsch und das Bestreben nach Änderungen verdeutlicht. Die Mitglieder trauten sich nun das Wort zu ergreifen und konnten ihre Meinung frei kundtun. Diese Äußerungen waren sehr offen formuliert und wiesen viel Kritik an der Partei und ihrer Staatsführung auf. Hierzu nun ein Auszug aus den Schlagzeilen der Tagespresse: „Unser wichtigster Auftrag ist es alles für den Menschen zu tun“. „Wir sollten auf die Bauern hören und ihnen vertrauen“ um „die revolutionäre Erneuerung nicht in Gefahr zu bringen“. Dennoch werden wir „das Geschaffene nicht in den Schmutz ziehen lassen“. „Es wurden große Leistungen erbracht, doch es gibt noch viele ungelöste Aufgaben“. „Auch für die Führungskräfte sollte das Leistungsprinzip gelten“, denn „die künftige Regierung braucht vor allem eine neue Qualität“. „Das erste Wort im Dialog gebührt der Arbeiterklasse“, darum soll „kein Mut mehr nötig sein, um die Wahrheit zu sagen“. Die „Demonstrationen bringen kein Mehr an Ersatzteilen“, daher soll „in den Anstrengungen der Planerfüllung nicht nachgelassen werden“<sup>53</sup>.

### **Vergleich der Berichterstattung in „Freie Erde“ und „Bild“ vom 10. November 1989**

Mir liegen die Tageszeitungen der „Freie Erde“ aus Ostdeutschland und der „Bild“ aus Westberlin vom 10. November 1989 vor. (s. Anhang Nr. 1 & Nr. 2)

Schon auf den ersten Blick fällt auf, wie unterschiedlich die Berichterstattung und die Gestaltung der Zeitung gehandhabt wurden. Der Einfluss der Partei auf die Ostzeitung wird hier sehr deutlich.

Die Westzeitung ist farbig angelegt, dem entgegen die „Freie Erde“. Sie ist schwarz-weiß.

---

<sup>52</sup> Freie Erde Nr. 265, 10.11.1989.

<sup>53</sup> Freie Erde Nr. 264, 09.11.1989.

In der DDR-Zeitung war keine Rede von einer offenen Mauer oder einem Fall der Mauer, so wie in der „Bild“-Zeitung.

Lediglich ein Artikel mit der Überschrift „Mit sofortiger Wirkung neue Reiseregelung“<sup>54</sup> erschien hierzu. Dieser Artikel ist nur 9 x 10,5 cm (einschließlich Überschrift) groß. Die Überschrift könnte auf dem Versprecher Schabowskis „Nach meiner Kenntnis ist das sofort, unverzüglich“ basieren. Der Text sprach die vier Punkte Privatreisen, ständige Ausreisen, Ausreisen an allen Grenzübergängen und Ausreise über Drittstaaten an. Des Weiteren wurde darüber informiert, dass „Visa zur ständigen Ausreise unverzüglich erteilt werden, ohne dass dafür noch geltende Voraussetzungen vorliegen müssen“.

Die Westberliner Zeitung war geprägt von dem großen und überwältigenden Ereignis. Auf allen Seiten ging es fast ausschließlich um den Fall der Mauer. Die großen Überschriften (eine 17 x 15 cm) auf dem Titelblatt lauteten „Geschafft! Die Mauer ist offen“ und „Tausende rannten an Grepos (Grenzposten) vorbei“. Noch auf Seite 5 gibt es Fotos, auf denen Trabis über die Grenze rollten und Ost- und Westbürger sich in den Armen lagen. Ein einziges Freudenfest! Anders in der Ostzeitung. Dort wurde die 10. Tagung des Zentralkomitees der SED und die Einberufung der 4. Parteikonferenz als wichtiger empfunden. Von Seite 3 bis Seite 5 ging der Artikel „Aus der Diskussion auf der 10. Tagung des ZK der SED“. Solche langen Reden wurden schon in vielen Ausgaben davor veröffentlicht.

In der mir vorliegenden „Bild“ wurde kurz und knapp mit wenigen Worten das wichtigste zusammengefasst. Die Artikel sind verständlich und durch viele Fotos unterstützt. In der „Freien Erde“ findet man kein einziges Foto zum Fall der Mauer.

So provokante Formulierungen, wie in der „Bild“ hat es in der „Freien Erde“ nie gegeben, auch noch nicht nach dem Fall der Mauer. Die Inhalte der Artikel in der Westzeitung waren kommentiert, die Situationen wurden beschrieben. Es war eine Sensation. In dem Artikel „Tausende rannten an Grepos vorbei“<sup>55</sup> berichtete man von glücklichen Berlinern. „Glücklich kletterten viele Berliner auf die Mauer, ließen Sektkorken knallen, schunkelten, riefen: 'Welche Freude, welche Freude. Das ist das tollste Ding in hundert Jahren' DDR-Grenzer griffen nicht ein, schauten von den Wachtürmen lachend zu“. Von sensationeller Berichterstattung findet man in der „Freien Erde“ nichts.

Auf Seite 2 der Bildzeitung hieß es im Artikel „Panzer sollten auf Demonstranten schießen“, dass die Leipziger Massendemonstration vom 9. Oktober mit Panzern niedergewalzt werden sollte. Die Nationale Volksarmee hatte ursprünglich bereits den Befehl erhalten auf die Demonstranten zu schießen. Egon Krenz habe damals „Schlimmstes verhütet“. Von dieser Ungeheuerlichkeit erfuhren die DDR-Bürger in der „Freien Erde“ nichts.

---

<sup>54</sup> Freie Erde Nr. 265, 10.11.1989.

<sup>55</sup> Bild Berlin Nr. 263/45, 1989.

„Das wird jetzt normal: reisen und wiederkommen“<sup>56</sup> hieß es am 11. November in der Lokalzeitung „Freien Erde“. Auch hier wurden konkrete Zahlen veröffentlicht: „Rund 55 500 DDR-Bürger bis gestern Abend in die BRD gereist“, „Rund 3250 ließen sich als Übersiedler registrieren“. Ein Neubrandenburger Journalist war vor Ort und hat wartende Mecklenburger und Neubrandenburger befragt. Diese stünden der Reiseregulierung positiv gegenüber. Es wurde geschrieben, dass sie „nur einmal gucken“ wollten. Das ist aber nur die halbe Wahrheit, denn die Menschen wollten auch einmal richtig einkaufen können, z.B. eine Cola-Dose oder westliche Zeitschriften und Sachen. Die Tatsachen wurden unschädlich für die Partei und den von ihr praktizierten Sozialismus gemacht.

Eine Familie wollte ihren Namen nicht nennen. Das zeigt, dass immer noch Misstrauen in Bezug auf die Partei vorhanden war und Angst vor dem Ministerium für Staatssicherheit herrschte. Da es noch kein Gesetzesbeschluss gab, hatte man immer noch Angst, der Entschluss werde zurückgenommen und man würde zur Rechenschaft gezogen werden.

Auch aus diesem Grund sah die Bevölkerung noch nicht alle ihrer Forderungen umgesetzt. Es fanden sich „150 000 Bürger auf Großkundgebung für die Erneuerung des Sozialismus“<sup>57</sup> ein. Es wurde berichtet, dass die Menschen noch zum Sozialismus stünden, ihn aber „sauber, ehrlich, demokratisch“ wollten, wie es auf einem Transparent in der Menge hieß. Sie gaben angeblich ihre Befürwortung für Partei und „Staat der Bürger und Arbeiter“ ab. Es wurden aber auch Probleme und die große Unzufriedenheit angesprochen. Durch das Aktionsprogramm sollten diese bewältigt werden.

Das Volk der DDR wurde in den Vordergrund gerückt. Es hätte „das langsame Aufwachen des Politbüros durch diese Demonstrationen beschleunigt“<sup>58</sup>. Das deutet jedoch darauf hin, dass der Wandel auch ohne die Bürger gekommen wäre nur langsamer. Das ist allerdings fraglich, denn schließlich war es die „bisherige Politik der Parteiführung, die unser Land in eine Krise stürzte“. Dieser Artikel ist wichtig für die Berichterstattung, denn es ist sehr auffällig, dass hier auch kommentiert wurde. Zu der Aussage von Egon Krenz „Machen wir das, was am besten und am schnellsten geht, und das ist unsere Parteikonferenz“ steht geschrieben: „Hier mischten sich in Zustimmung auch Missfallensbekundungen der Teilnehmer“. Noch vor dem Mauerfall hätte so etwas keinen Platz in der Zeitung gefunden, doch in diesem Bericht hatten es die Journalisten nicht weggelassen und es wurde auch nicht zensiert.

Das Aktionsprogramm der SED versprach viele Besserungen.

Folgendes sollte durchgesetzt werden:

...eine Reform des politischen Systems,  
...den sozialistischen Rechtsstaat,

---

<sup>56</sup> Freie Erde Nr. 266, 11.11.1989.

<sup>57</sup> Freie Erde Nr. 266, 11.11.1989.

<sup>58</sup> Freie Erde Nr. 266, 11.11.1989.

...den Schutz der DDR,  
...umfassende Information und Medienarbeit,  
...eine umfassende Wirtschaftsreform,  
...einen realen Plan 1990, der auf hohe Leistungen orientiert,  
...die uneingeschränkte Entwicklung der LPG und VEG,  
...eine großzügige Förderung des Handwerks,  
...Freiheit und Verantwortung in Kultur und Kunst,  
...Förderung und Achtung der Wissenschaft,  
...eine Reform des Bildungswesens,  
...die erneuerte SED,  
...eine selbstbewusste Jugend,  
...die freie Entwicklung der Frauen,  
...freie und unabhängige Gewerkschaften und  
...eine Konzeption des modernen Sozialismus.

Den Absatz „Für umfassende Information und Medienpolitik“<sup>59</sup> habe ich mir genauer angeschaut. Darin hieß es „Offenheit und Sachkunde, umfassende und wahrhaftige Information, kritische Untersuchung und konstruktive Erfahrungen braucht die sozialistische Gesellschaft“. Außerdem wurde geschrieben, dass freie Medien unerlässlich für die sozialistische Demokratie seien. Diese neuen Ziele zeigen, dass vor dem Prozess der Wende solche Freiheiten nicht vorhanden waren. Doch jetzt war der Wille für eine Änderung dieses Sachverhaltes erkennbar. Der letzte Satz in diesem Absatz lautet „Medien sollen Organe der öffentlichen Kontrolle sein“. Somit hätte auch die „Freie Erde“ von ihrer Funktion als Propagandaorgan der SED abgelöst und zu einer unabhängigen Zeitung werden müssen. Das war jedoch, auch wenn Lockerungen in der Zensur erkennbar sind, nicht der Fall.

#### **4. 4 Berichterstattungen nach dem 9. November 1989**

Die sozialistische Partei setzte die Lokalzeitung immer noch als Propagandamittel ein und wollte damit ihren Willen zur Verbesserung der allgemeinen Lage zeigen.

Das ist auch schon in den Überschriften zu erkennen, z.B. „Eine Armee des Volkes sein“, „Für eine Koalition der Vernunft“ oder „Kern der Arbeit“. Die Schlagzeilen waren nach wie vor von kommunistischen Parolen geprägt. Dennoch ist in einigen Betitelungen schon Kritik zu erkennen. Ein Beispiel dafür ist die Überschrift „Damals nicht aufgepasst“.

---

<sup>59</sup> Freie Erde Nr. 266, 11.11.1989.

Die Diktion in der „Freien Erde“ hat sich leicht geändert. Der Konjunktiv oder die direkte Rede wird gewohnheitsmäßig verwendet, aber die Journalisten kommentieren nun schon mehr Artikel, als noch vor dem Fall der Mauer. Politiker werden nur noch selten im Zusammenhang mit ihrer Position benannt, häufiger nennt man sie jetzt mit Namen, wie z.B. „Egon Krenz vor Journalisten“<sup>60</sup>. Eine besonders gehäufte Verwendung von bestimmten Wörtern ist nicht auffällig.

In den Schulen wurde weiterhin versucht eine Autorität zu erhalten. Das zeigte der Artikel „Damals nicht aufgepasst?“<sup>61</sup> - im Wortlaut: „Ich möchte nur, dass auch in den Schulen über die Vorgänge in unserem Staat gesprochen wird. Es ist aber sehr wichtig, dass man ihnen die Wahrheit sagt. Vor allem müsse über die Forderungen der Demonstranten offen gesprochen werden. Es gehe nicht an, dass sich eine Lehrerin der Käte- Niederkirchner- Schule in Teterow im Staatsbürgerkundeunterricht einer 7. Klasse vor die Schüler stellt und erklärt: 'Alle, die heute auf die Straße gehen, haben damals im Unterricht nicht aufgepasst.' “. Auf Grund der vielen politischen Geschehnisse wäre es an der Zeit gewesen den Unterricht anzupassen, jedoch wurde weiterhin nach den nicht mehr zeitgemäßen Lehrplänen unterrichtet. In diesem kurzen Text wurde das Schulsystem der DDR bemängelt, aber der von einem Bürger verfasste Artikel wurde dennoch veröffentlicht. Das zeigt, dass die Zensur gelockert worden war.

Der Artikel mit der Betitelung „Einladung zum Gespräch“<sup>62</sup> ist eine Antwort des 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung Neubrandenburg auf den Vorschlag eines DDR-Bürgers Karl-Heinz Winter. Er schlug ein Gespräch mit ehemaligen Mitgliedern der SED vor. Dieser Vorschlag wurde am 2. November verschickt, darauf geantwortet wurde erst am 13. November. Meiner Meinung nach kam die Antwort erst sehr spät. Ich denke, es ist darauf zurückzuführen, dass die Partei nach dem Mauerfall versuchte die Menschen wieder von ihrer Politik zu überzeugen und sie auch im Land zu behalten. Aus diesem Grund erklärten sie sich auch bereit zu diesen Gesprächen. „Wir verstehen die Gefühle ehemaliger Mitglieder, die mit der Politik der Partei in Konflikt gerieten, aus der SED austraten und heute aus ehrlichem Antrieb sich fragen, ob es nicht gut gewesen wäre, in der Partei um die Erneuerung mitzukämpfen.“ Die SED verstand es, wenn die Menschen sich nun wieder für Politik interessierten und mitwirken wollten. Es wurde in diesem Artikel so dargestellt, als ob alles nur durch die Partei zustande gekommen war und jeder, der sich zu der Situation im Land geäußert hatte oder auf die Straße ging, den Grundprinzipien der Partei zustimmte.

An dem Bericht „Erneute Demonstrationen“<sup>63</sup> vom 14. November ist mir als erstes aufgefallen, dass Journalisten direkt genannt wurden, denn sonst wurde immer nur „FE-Redaktion“

---

<sup>60</sup> Freie Erde Nr. 267, 13.11.1989.

<sup>61</sup> Ebd.

<sup>62</sup> Freie Erde Nr. 267, 13.11.1989.

<sup>63</sup> Freie Erde Nr. 268, 14.11.1989.

geschrieben. In diesem Fall wird von den Journalisten Jörg Spreemann und Kerstin Pöller zu den Demonstrationen aus Neubrandenburg berichtet. Die Sprache war von „Forderungen nach freien Wahlen und gesetzlich abgesicherter Reisefreiheit“. Diese Forderungen wurden zu Recht gestellt, da die Regierung noch keine neuen freien Wahlen veranlasst hatte und bis dahin auch noch kein Gesetz zu den Reiserregelungen verabschiedet wurde. In der Zeitung erschienen bisher nur eine Reiseinformation und kein Gesetzesblatt, wie in der „Freien Erde“ üblich. Möglicherweise hatten die Bürger auch Angst, dass ihnen die neu gewonnene Freiheit wieder genommen werden könne.

Eine Proklamation auf diesen Demonstrationen lautete auch „Egon du hast uns die Vertrauensfrage gestellt, und wir sind hier geblieben, weil wir hier zu Hause sind. Aber wir haben noch lange kein Vertrauen.“ Dieser Ausruf beinhaltet eindeutig Kritik an der Staatsführung, daher ist es wunderbar, aber auch fortschrittlich, dass er in der Zeitung veröffentlicht wurde.

Die Organisatoren, Mitglieder des „Neuen Forums“, wollten dass die Demonstration gewaltfrei verläuft und hielten die Bevölkerung zurück, mit der Begründung „sonst passiert das Gegenteil, von dem was wir wollen“. Dass darüber in der Zeitung berichtet wurde zeigt, dass die SED nun auch positive Berichterstattungen über andere politische Organisationen zuließ, solange diese den Ansichten der Partei nicht völlig widersprachen.

„Dr. Günter Maleuda Volkskammerpräsident Hans Modrow zum Regierungschef gewählt“<sup>64</sup>. So lautet die Überschrift von dem Artikel über die 11. Tagung der obersten Volksvertretung der DDR, der Volkskammer. Die Bürger wurden über die Wahlgänge, Anzahl der Stimmen und über den neuen Volkskammerpräsidenten und den neuen Regierungschef genauestens informiert. An der ausführlichen Berichterstattung über politisches Geschehen wird noch einmal deutlich, dass die „Freie Erde“ ein politisches Organ war.

Auf der Tagung waren 340 Vertreter der Medien anwesend. In dem Beitrag „Eine Regierung echter Koalition“<sup>65</sup> antwortet Modrow auf Fragen von Journalisten der DDR. „Auf das Wichtigste in der Zusammenarbeit Ministerrat – Volkskammer angesprochen, sagte Hans Modrow, dass sich die Volksvertretung wirklich darauf verlassen kann, dass die Regierung ihr Organ ist.“<sup>66</sup> In der Deutschen Demokratischen Republik galt die Volkskammer nur formell als oberstes Organ. Der Führungsanspruch oblag dem Politbüro der SED. Durch die Geschehnisse in der 11. Tagung nach dem Mauerfall wird deutlich, dass die Vertretung des Volkes immer mehr ihren Anspruch fordert. Auch Modrow beansprucht diesen für die Kammer. Wieder fiel mir in dem Artikel „Überraschung in der DDR-Volkskammer“<sup>67</sup> auf, dass ein Autor

---

<sup>64</sup> Freie Erde Nr. 268, 14.11.1989.

<sup>65</sup> Ebd.

<sup>66</sup> Freie Erde Nr. 268, 14.11.1989.

<sup>67</sup> Ebd.

und die Textsorte genannt wurden: „Parlamentsbericht von ADN- Redakteur<sup>68</sup> Frank Losensky“. Er schrieb, dass es eine kontroverse<sup>69</sup> Debatte gewesen sei. Das zeigt, dass die Politik nicht mehr so geordnet war wie vor dem Mauerfall da nun auch Kritik geäußert werden konnte und somit die Zusammenkünfte nicht mehr einheitlich und ohne Widersprüche verliefen. Es wurden „Grauzonen der bisherigen Staatspolitik ans Licht der Öffentlichkeit gebracht“. Aus dieser Aussage kann man schlussfolgern, dass die bisherige Politik geändert werden sollte, man wollte sie offener und ehrlicher gestalten. Ein Beweis für die Offenheit in der Zeitung ist beispielsweise die Bekanntgabe des verschwiegenen Staatsschuldenberges von 130 Milliarden Mark. Es wurden Probleme und Fehler ohne Zensur dargestellt.

Die in der Überschrift schon angesprochenen Überraschungen waren die erstmalige Wahl eines Vertreters einer Blockpartei, der DBD, zum Volkskammerpräsidenten, die Äußerung von Kritik auch Politikern gegenüber, die Nichtakzeptanz von deren Rechtfertigungen und der Vorwurf von Arroganz und Selbstherrlichkeit der alten Führung. Bei dieser Tagung der Volkskammer kamen Fakten auf den Tisch, es wurde Klartext geredet und nicht mehr alles bagatellisiert oder verschwiegen. So wurde auch in der Zeitung nicht nur die halbe Wahrheit geschrieben.

In dem Teil „Im Spektrum dieser Tage“ der „Freien Erde“ erschien am 15. November der Artikel „Für eine Koalition der Vernunft im Bezirk Neubrandenburg“<sup>70</sup>. Das Schlusswort der Sitzung der Bezirksleitung der SED hatte Wolfgang Herrmann. Dieser sprach von der „Bewältigung der Probleme“ und forderte alle Organisationen und Genossen der Partei auf das Aktionsprogramm zu vervollständigen und für Verbesserungen zu sorgen. Durch „gemeinsames Wirken auf Grundlage der Verfassung“ sollte dieser Aufschwung erreicht werden. Dabei fällt einem sofort wieder der Machtanspruch der SED ein, doch Herrmann sagte dann: „Es steht nicht der Führungsanspruch der Partei im Vordergrund. Es steht der Sozialismus in der DDR im Vordergrund. Meine persönliche Auffassung ist, dass es um die Erneuerung der Partei geht, damit sie sich ihre Führungsrolle durch Leistung verdient.“ Er machte damit deutlich, dass er die Partei als Führung wollte, aber sie sollte sich diese erst verdienen. Des Weiteren sieht er die Partei vordergründig auch nicht als das Wichtigste an, sondern stellt sich mit seinen Ansichten, z.B. dass zuerst die Probleme beseitigt werden müssten, auf die Seite der Bevölkerung. Wolfgang Herrmann brachte oft seinen eigenen Standpunkt mit ein. Dadurch zeigte er den Bürgern, dass er nicht nur nach den Vorgaben der SED redet, sondern auch selber nachdenkt. Die Berichterstattung ist zeitkritisch, aber dennoch völlig unkommentiert. Das Schlusswort wurde einfach indirekter Rede veröffentlicht.

Meiner Meinung nach wurde der Artikel „Wende ja, aber sachlich“<sup>71</sup>, vom 16. November, in der

---

<sup>68</sup> Die Bezeichnung ADN steht für Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst.

<sup>69</sup> Nicht immer sachlich, auch gegeneinander.

<sup>70</sup> Freie Erde Nr. 268, 14.11.1989.

<sup>71</sup> Freie Erde Nr. 270, 16.11.1989.

„Freien Erde“ veröffentlicht, da er genau das ansprach, wofür die SED und ihre Politik in der DDR zum Zeitpunkt der Wende augenscheinlich standen. Die Autorin von diesem Bericht ist eine Befürworterin der Wende. Sie spricht an, dass man nur durch Arbeit und nicht durch Demonstrationen etwas erreichen könne und Geld verdiene um sich was leisten zu können. Durch die Veröffentlichung konnte dieser Artikel auch indirekt als Aufforderung seitens der Partei gelten. Es sollte darauf aufmerksam gemacht werden, dass trotz der vielen Änderungen die Arbeit nicht vernachlässigt werden sollte.

Mit dem Titel „Wir sind dem Volk der DDR, das einen guten Sozialismus will, verpflichtet“<sup>72</sup> wurde am 18. November der Beitrag zur Regierungserklärung des Vorsitzenden des Ministerrates, Dr. Hans Modrow eingeleitet. In der Einleitung des Artikels wurde die Art und Weise der Rede kommentiert. Sie rechnete „schonungslos“ mit den Fehlern ab. Es wird deutlich, dass immer mehr Kritik an der eigenen Partei geübt wurde. Der Artikel selbst wurde erneut im Konjunktiv und teils indirekter Rede, unkommentiert veröffentlicht. Modrow betonte es müsse gehandelt werden und gab auch Vorschläge zur Stabilisierung der materiellen Produktion und zur Versorgung der Bevölkerung ab. Es würde „erstmal die Chance einer gleichberechtigten Partnerschaft aller demokratischen Kräfte bei der Gestaltung der Gesellschaft“ geben. Aus dieser Feststellung lässt sich schlussfolgern, dass die SED immer das letzte Wort bei Entscheidungen hatte und ihren Willen durchsetzte, aber nun sollten ALLE mitgestalten.

Abb. 7: „Eine friedliche Revolution“ (s. Anhang)

Auch in dem Artikel „Eine friedliche Revolution“<sup>73</sup> (Abb. 7) lassen sich positive Änderungen erkennen. Zum einen, dass am Anfang des Artikels kommentiert wurde. „Der Zugang zur Volkskammer führte für viele prominente DDR-Politiker durch ein enges Spalier internationaler Medienvertreter. Der Staatsratsvorsitzende und SED-Generalsekretär Egon Krenz hatte es da besonders schwer, machte aber eine gute Figur, wie Journalisten später kundtaten.“ Es ist ein Kommentar, der die politischen Prozesse in der DDR ansprechend darlegt. Zum anderen sind auch inhaltlich positive Wandlungen festzustellen. Das ist in der Aussage von Egon Krenz zu erkennen: „Und sie werden feststellen, wir machen eine friedliche Revolution, und ich bin froh und glücklich darüber, dass unser Volk eine solche Stimmung hat, es auf die Straße geht, aber dass es auch nicht vergisst zu arbeiten“. Hier geht das Lob an die Menschen in der DDR, doch indirekt auch noch an die Partei. Das wird besonders deutlich durch das Personalpronomen „wir“. Es zeigt, dass sich die Partei als Teil des Volkes und der Bewegung sieht. Zwar war die SED nicht froh und glücklich über die Demonstrationen, doch sie wurden, anders als vor ein

---

<sup>72</sup> Freie Erde Nr. 272, 18.11.1989.

<sup>73</sup> Freie Erde Nr. 272, 18.11.1989.

paar Wochen, von ihr geduldet. Sie hatte mit aller Macht versucht ihren Führungsanspruch und die Leitlinie der Partei zu wahren und unterstützte ihr Volk nicht. Dieser Versuch war gescheitert.

## 5. Schlusswort

Durch meine Recherchen konnte ich feststellen, dass die Berichterstattung, in den mir vorliegenden Tageszeitungen der „Freien Erde“ vom 20. Oktober bis zum 18. November 1989 erheblich von den politischen Ereignissen dieser Tage abhängig war. Die Zeitung war auch noch nach dem Mauerfall Propagandaorgan der SED und somit unterlag sie weiterhin der Zensur. Dennoch ging mit jeder positiven Änderung in der Politik auch eine Lockerung dieser Zensur einher. Immer mehr Kritikpunkte wurden öffentlich zum Ausdruck gebracht und Erfolgsmeldungen aus der sozialistischen Planwirtschaft wurden seltener.

Mit Voranschreiten der Zeit fand man häufiger Widersprüche zu politischen Ereignissen in den einzelnen Zeitungen. Das gründet jedoch auch darauf, dass die Zeit sehr schnelllebig war und dadurch diese Widersprüche zustande kamen. Eventuell waren die Politiker nur noch in der Lage zu reagieren und nicht mehr zu agieren.

Was sich nicht geändert hat ist die Art und Weise des Schreibens der Journalisten. Es sind weiterhin nicht viele Kommentare zu finden. Die Aussagen der Politiker wurden im Konjunktiv oder in der direkten Rede wiedergegeben.

Durch den Vergleich mit der Westzeitung „Bild“ wurde die Beeinflussung der Berichterstattung in der DDR sehr eindeutig, wie aus der Analyse der SED-Zeitung „Freien Erde“ hervorgeht. Auch wenn Änderungen in der Berichterstattung zu erkennen sind, kann man letztendlich sagen, dass die „Freie Erde“ nie wirklich frei von Zensur und Überwachung war.

## 6. Quellen- und Literaturverzeichnis

Baumann, Christiane: Vertrauen ist gut - Kontrolle ist besser, Schlaglichter auf 38 Jahre SED-Bezirkszeitung Freie Erde; Neubrandenburg 2013

Bild, unabhängig, unparteilich; Nr.263/45, Berlin 1989

Breiholz, Christine / Dieckhof, Antje: 20 Jahre Friedliche Revolution, Schülerarbeiten zur Regionalgeschichte; Prenzlau Heft 5 / 2010

Demke, Elena: Die Friedliche Revolution 1989/1990, Quellen – Fragen – Kontexte; Berlin 2009

Geyer, Robin: Themenblätter im Unterricht Nr. 63, Akteure in der Politik; Zweite Auflage; Bundeszentrale für politische Bildung 2009

Hertle, Hans-Hermann: Chronik des Mauerfalls, Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989; 6. Aufl.; Berlin 1997

Lindner, Bernd: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90; Bonn 1998

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Bezirksleitung Neubrandenburg: Freie Erde; Auflage Nr. 247 – 254, Nr. 256 – 259, Nr. 261 – 272; Neubrandenburg 1989

Theil, Jürgen: Das geteilte Deutschland 1961 – 1990, Quellen zur Geschichte und Politik; Ernst Klett Verlag GmbH, Stuttgart 2007

Theil, Jürgen / Timm, Reinhard: Mitteilungen des Uckermärkischen Geschichtsvereins zu Prenzlau; Prenzlau 2011

Theil, Jürgen (Hrsg.): Prenzlauer Stadtlexikon und Geschichte in Daten; Prenzlau 2005

Uhlenbrock, Karlheinz: Fit fürs Abi, Referate/Facharbeit; Hannover 2001

## **Internetquellen**

<http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/159750/ddr-zeitungen-und-staatssicherheit>, Fiedler, Anke: DDR-Zeitungen und Staatssicherheit: Zwischen staatlicher Öffentlichkeitsarbeit und operativer Absicherung, 10.05.2013, aus dem Internet entnommen am 18.10.2014

[http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/5062/sonderzug\\_in\\_die\\_freiheit.html](http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/5062/sonderzug_in_die_freiheit.html), Spiegel Online: Sonderzug in die Freiheit, Oktober 2009, aus dem Internet entnommen am 13.10.2014

[http://revolution89.de/?PID=static,Revolution,00110-Kampf-um-die-Macht,00050-Der-Runde-Tisch\\_de](http://revolution89.de/?PID=static,Revolution,00110-Kampf-um-die-Macht,00050-Der-Runde-Tisch_de), Robert- Havemann- Gesellschaft e.V.: Der Runde Tisch und die Regierung, aus dem Internet entnommen am 30.12.2014

<http://www.youtube.com/watch?v=TQiriTompdY>, alfeila: Günter Schabowski - Pressekonferenz über neue Reiseregulung, 24.01.2009, aus dem Internet entnommen am 15.01.2014

## 7. Anhang

### Fragenkatalog zur „Freien Erde“

1. Wie war die Ausbildung eines Journalisten in der DDR organisiert? Welche Inhalte wurden vermittelt und inwieweit korrespondierten diese mit den Vorgaben der SED?
2. War der Beruf Journalist in der Bevölkerung anerkannt oder stieß er auf Ablehnung?
3. Wie ist man allgemein bei der Berichterstattung oder bei der Beschaffung von Informationen vorgegangen? Wie eng war dabei die Zusammenarbeit mit der SED-Kreisleitung oder der SED-Bezirksleitung?
4. Gab es konkrete Vorgaben von der SED oder anderen Stellen für die Berichterstattung in der DDR? Wenn ja, wie wurden diese umgesetzt und kontrolliert?
5. Wurden schon vor dem Mauerfall Artikel veröffentlicht, die Kritik an der Partei äußerten? Wenn ja, seit wann?
6. War es vorgeschrieben, über welche Themen geschrieben werden durfte? Wurden bestimmte Themen von Ihnen/ von anderen Journalisten bevorzugt? Gab es auch Themen über die niemand gerne schrieb?
7. Gab es eine redaktionelle Trennung der Arbeitsbereiche für Journalisten, wie z.B. dem politischen, dem kulturellen oder dem sportlichen Bereich?
8. War die Zensur deutlich spürbar? Auf was für Inhalte wurden die Artikel geprüft? Wurde jeder Artikel auf diese Inhalte geprüft oder gab es auch Ausnahmen? Wer kontrollierte diese Vielzahl an Artikeln?
9. Wurden Journalisten bespitzelt? Hatte man in der Redaktion Angst vor Spitzeln? Wie war das Arbeitsklima im Büro und unter Kollegen?
10. Sind Ihnen politische Verfahren gegen Journalisten bekannt? Wenn ja, welche?

11. Wie war der Zustand der Technik? Gab es technische oder materielle Beschränkungen durch die Mangelwirtschaft?
12. Hat sich die Berichterstattung in der Zeit unmittelbar vor und nach der Maueröffnung verändert?
13. Haben Sie über den Mauerfall und die Stimmung in der DDR bzw. in der Stadt Prenzlau berichtet? Wenn ja, was mussten Sie beachten?
14. Welche Risiken gab es im Beruf des Journalisten in der Zeit um die Wende? Konnte man durch kritische Äußerungen an der Partei (in den Artikeln) Schwierigkeiten bekommen?
15. Hatte man als Journalist Schwierigkeiten mit Bürgern? Wurden Sie, in Bezug auf Ihre Arbeit, persönlich angegriffen, z.B. bei Demonstrationen oder anderen Berichterstattungen in der Zeit der Wende?
16. Wie positionierten sich die Redakteure? Distanzierten sie sich von den Protestbewegungen, aus Angst die Arbeit zu verlieren oder bestraft zu werden?
17. Wurde die Berufsausbildung nach der Wende anerkannt? Musste man einen neuen Abschluss erwerben oder neu geschult werden? Gab es eine Überprüfung der Journalisten auf eine eventuelle Mitarbeit in der Stasi?
18. Welche betriebswirtschaftlichen Auswirkungen hatte der Mauerfall auf die Zeitung „Freie Erde“?
19. Für wie authentisch und ehrlich halten sie die in der „Freien Erde“ gedruckten Artikel?
20. Wie gut hat der „Nordkurier“ die Geschichte der „Freien Erde“ aufgearbeitet? Ist es eigentlich vertretbar, eine derartige Traditionslinie „60 Jahre Heimatzeitung“ zu ziehen, wo die „Freie Erde“ doch eindeutig ein Parteiorgan des SED war, das als Sprachrohr der SED- Kreisleitungen und der SED-Bezirksleitung missbraucht wurde?

## Abbildungen

Abb. 1.

<http://www.kas.de/wf/de/33.18082/>, Hrsg.: Konrad-Adenauer-Stiftung, aus dem Internet entnommen am 13.12.2014.



Abb. 2: Freie Erde Nr. 250, 24. Oktober 1989

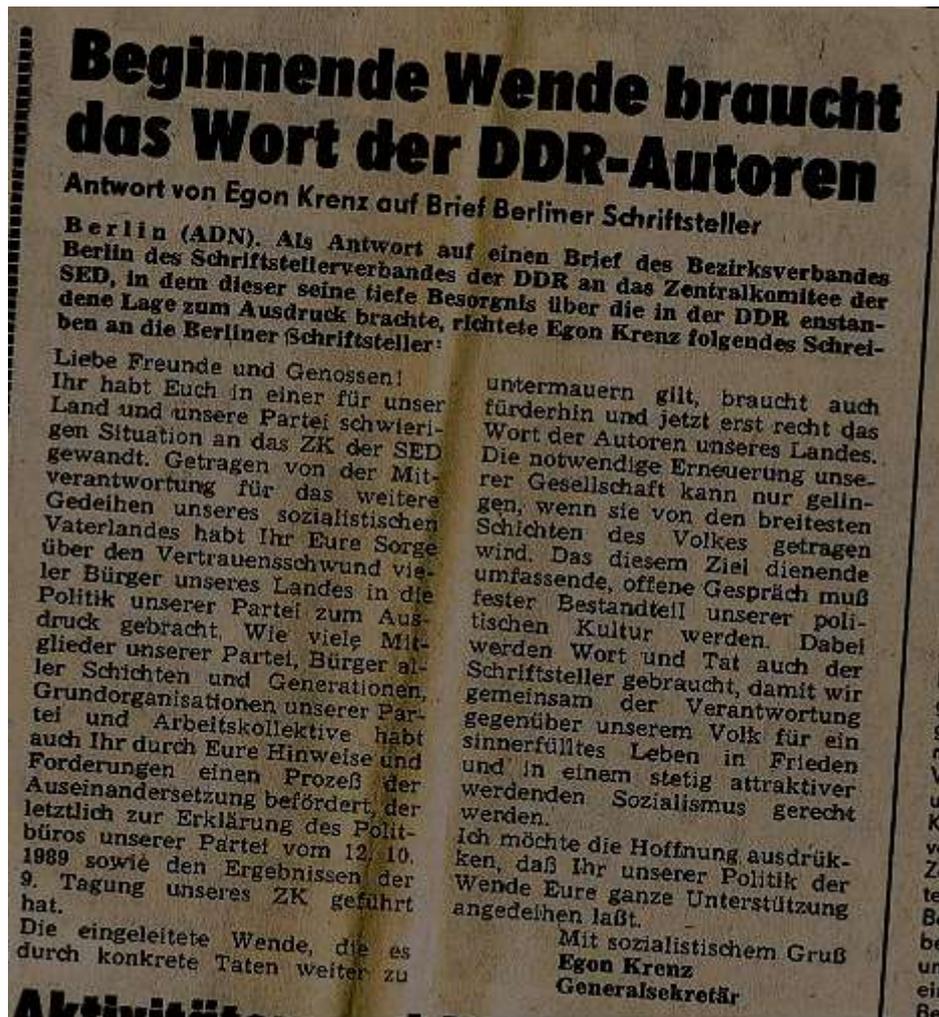


Abb. 3: Freie Erde Nr. 257, 1. November 1989.



Abb. 4: Freie Erde Nr. 258, 2. November 1989.

# An die »Freie Erde« . . .

... wenden sich in diesen Tagen Hunderte von Lesern mit Briefen, Karten und in Telefonanrufen.

**WIR WERDEN** jede dieser Wortmeldungen intensiv durchdenken;

**WIR WERDEN** vieles veröffentlichen, komplett oder in Auszügen, ganz nach unseren Möglichkeiten und entsprechend der Pflicht, über uns selbst auch die Welt nicht zu vergessen;

**WIR WERDEN** jeden Vorschlag, so er sich auch nur annähernd in seiner Adresse bestimmen läßt, an die zuständigen Stellen weiterreichen;

**WIR WERDEN** uns selbst vieler Dinge annehmen und befördern helfen, was dem Sozialismus im Lande nützt;

**WIR WERDEN** informieren darüber, wo aus Vorgeslagenem Veränderungen erwachsen.

**WIR WERDEN NICHT** uns hindern lassen an einer wirksamen, freien und lebensverbundenen Zeitungarbeit - weder von Organisationen, Institutionen, Initiativen, Bewegungen, Plattformen noch von Einzelpersonen.

Abb. 5: Freie Erde Nr. 258, 2. November 1989.

<b>FREIE ERDE</b>	<b>REDAKTIONSKOLLEGIUM</b>	
Herausgeber: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Bezirksleitung Neubrandenburg, Veröffentlicht unter der Lizenz-Nr. 102 des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR.	Gerhard Schiedewitz, Chefredakteur; Egon Dietrich, Richard Ackner, Dr. Heinzgeorg Oette, Christine Stelzer, stellv. Chefredakteure; Wilfried Stieglitz, Redaktionssekretär; Detlef Granzow, Erwin Grohs, Siegfried Iselt, Manfred Maasch, Hans-Jürgen Schma, Ulrike Streckenbach; Klaus Strachardt, Verlagsdirektor.	
Anzeigenverwaltung: Verlag FREIE ERDE	Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.	<b>5850</b>
Gültige Anzeigenpreisliste: FREIE ERDE, Nr. 11		

Abb. 6: Freie Erde Nr. 247, 20. Oktober 1989.

Egon Krenz vor Weltmedien:

# Eine friedliche Revolution

Berlin (ADN/FE). Der Zugang zur Volkskammer führte für viele prominente DDR-Politiker durch ein enges Spalier internationaler Medienvertreter. Der DDR-Staatsratsvorsitzende und SED-Generalsekretär Egon Krenz hatte es da besonders schwer, machte aber eine gute Figur, wie Journalisten später kundtaten.

Auf eine Frage nach seiner Rolle bei der Verhinderung einer gewaltsamen Eskalation in Leipzig sagte er: „Ich war in Leipzig und habe dort erklärt: Wir sind dafür, politische Konflikte auch nur politisch zu lösen. Und ich habe dort in Leipzig mitgeholfen, daß diese Dinge auch so gelöst worden sind. Und Sie werden feststellen, wir machen eine friedliche Revolution, und ich bin froh und glücklich darüber, daß unser Volk eine solche Stimmung hat, auf die Straße geht, aber daß es auch nicht vergißt zu arbeiten.“

Zur Rolle der SED in der künftigen DDR meinte deren Generalsekretär: „Die deutschen Kommunisten haben schon so viele Bewährungen bestanden, und ich wäre ja ein schlechter Generalsekretär meiner Partei, wenn ich nicht die Kraft gerade in die Genossinnen und Genossen meiner Partei setze. Ich finde es nur ungerecht, daß manche ein Pauschalurteil fällen. Nicht die einfachen Genossen, nicht die Arbeiter, nicht die Bauern, nicht die Intellektuellen tragen die Schuld für diese Situation. Diese Schuld trägt unsere Parteiführung und hat sie übernommen.“ Auch Erich Honecker habe seine persönliche Verantwortung übernommen. Sein Gesundheitszustand sei derzeit so, daß es dem 77jährigen selbst überlassen bleiben müsse, wann er mit einer Bewertung seines Handelns an die Öffentlichkeit trete.

Abb. 7: Freie Erde Nr. 272, 18. November 1989.

**Titelblatt von „Bild“ und „Freie Erde“ am 10. November 1989**

Nr. 1 & Nr. 2



## 9. Tätigkeitsbericht

Mein Wettbewerbsbeitrag beschäftigt sich mit der lokalen Presseberichterstattung in der Zeit des Mauerfalls. Nach dem uns im Unterricht der Geschichtswettbewerb zum Thema „Anders sein – Außenseiter in der Geschichte“ vorgestellt wurde, habe ich lange überlegt, welche Themen sich zur Bearbeitung eignen würden. Die Themenfindung empfand ich als sehr schwierig. Als ich dann zu Hause auf dem Dachboden kramte, vielen mir Zeitungen der „Freien Erde“ während der Zeit des Mauerfalls in die Hand. Diese hatte meine Großmutter gesammelt und aufbewahrt. Nun stand das Thema für mich fest und ich konnte meine Thematik genauer eingrenzen.

Ich wollte herausfinden, inwieweit sich die Presseberichterstattung in der Zeit des Mauerfalls verändert hat. Weiterhin wollte ich in Erfahrung bringen, wie in der DDR über die friedliche Protestbewegung sowie die politischen Akteure auf der Straße berichtet wurde. Das Thema „Anders sein ...“ wollte ich also auf zwei Ebenen verfolgen. Die erste Ebene ist natürlich die Arbeit der Journalisten, die im Bezirk Neubrandenburg für eine SED-Zeitung arbeiteten und die damit bestimmten Zwängen ausgesetzt waren, die eine unabhängige Pressearbeit weitgehend ausschlossen. Und dennoch gab es in der Zeit des Mauerfalls ganz offensichtlich auch Veränderungen in der Berichterstattung. Die Oppositionsbewegung ließ sich ja nicht mehr verheimlichen, und es konnte auch nicht sein, dass Hunderttausende DDR-Bürger bzw. Demonstranten vom Westen irreführende „Subjekte“ waren, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollten. Die andere Ebene ist die der Oppositionsbewegung, die deutlich für ein „Anderssein“ eintrat. Dazu wollte ich ermitteln, wie gefährlich es in der DDR war, anders zu sein, von der staatlichen Linie abzuweichen, Kritik zu üben usw.

Zunächst sammelte ich Informationen aus dem Internet und aus zahlreichen Büchern, um mich mit meinem Thema vertraut zu machen und auch die Hintergründe der Geschichte zu verstehen. Daraus entstand mein erstes Kapitel die „Entwicklung in der DDR 1985 – 1989“. Ich setzte bei der Einleitung der Politik Glasnost und Perestroika, durch Michail Gorbatschow, in der Sowjetunion ein. Dies erschien mir als sinnvollster Einstieg, da hier das Umdenken in den Köpfen der Menschen in Osteuropa begann.

Um über die Presseberichterstattung in der DDR im Jahr 1989 zu schreiben, benötigte ich auch Informationen über die Pressearbeit zu DDR-Zeiten. Dazu besuchte ich die Redaktion des „Nordkuriers“ in Prenzlau, um Zeitzeugen zu finden, welche schon zur Zeit der „Freien Erde“ als Journalist tätig waren. Man verwies mich an einen ehemaligen Journalisten und gab mir dessen Telefonnummer. Hier erhielt ich jedoch eine Absage. Erneut rief ich in der Redaktion an und wurde mit dem Redaktionschef verbunden, welcher schon vor 1990 in der Zeitung tätig war. Auch dieser lehnte ein mündliches Interview ab, aber ich könne ihm Fragen per Email schicken. Ich arbeitete einen großen Fragekomplex aus (siehe Anhang) und sendete

diesen an die Redaktion. Doch eine Antwort blieb aus. Auf Nachfrage habe ich dann erfahren, dass keine Email eingegangen sei. Nochmals versendete ich die Fragen, aber ich erhielt erneut eine Absage. Aus personellen und zeitlichen Gründen könne man mich nicht unterstützen. Ich stieß bei meinen Recherchen auf ein Buch über die Geschichte der „Freien Erde“, welche der Nordkurier vor zwei Jahren herausgab. Darin wurde zum Teil auch über die Arbeit von Journalisten in der DDR berichtet.

Den größten Teil der Arbeit umfasst die Presseberichterstattung vor, während und nach dem Mauerfall 1989. Dieser Teil beanspruchte auch die meiste Zeit. Ich wertete insgesamt 24 Ausgaben der „Freien Erde“ aus und fand dabei mehrere sehr interessante und für meine Arbeit brauchbare Artikel. Um die Zusammenhänge besser zu verstehen recherchierte ich auch ständig im Internet und den mir zur Verfügung stehenden Büchern, die ich zum Teil auch von meinem Betreuungslehrer erhalten hatte. Zunächst machte ich mir Notizen, sortierte diese dann und entwarf ein Schema nach dem ich beim Schreiben vorgehen wollte. Als erstes beschäftigte ich mich mit dem Aufbau der Zeitung allgemein (z.B. die Farbgebung, die Seitenanzahl und die Themenfelder der Zeitung), danach ging es ans Schreiben des Kapitels „Berichterstattung vor dem 9. November 1989“. Mich beschäftigten die Themen und die Art und Weise der Berichterstattung, die Überschriften, die Sprache und der Inhalt der Texte. Auf dieselbe Weise ging ich auch bei der Bearbeitung der anderen Kapitel „Berichterstattung zum Mauerfall 1989“ und „Berichterstattung nach dem 9. November 1989“ vor. Frau Nippe, die die Rohfassung meiner Arbeit las und mir weitere wichtige Hinweise gab, kramte noch eine alte „BILD“-Zeitung vom 10. November 1989 heraus. Diese hatte sie sich bei einem kurzen Besuch in West-Berlin gekauft. Ich konnte sie zum Vergleich mit der Ausgabe der „Freien Erde“ vom selben Datum verwenden. Dieser Teil war sehr spannend, da hier erst richtig die Einschränkung der Presse in der DDR zum Vorschein kam. Es bleibt jedoch sehr schade, dass die Prenzlauer Journalisten nicht bereit waren mit mir über meine Fragen ins Gespräch zu kommen.